

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 17.12.2014

## Haushalt

S. 2, 4-11

Der Landtag hat den Haushalt 2015 und das Gemeindefinanzierungsgesetz verabschiedet. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse bestimmten kontroverse Diskussionen die zweite und die dritte Lesung.

## Eon-Umbau

S. 3

Der geplante Umbau des Energiekonzerns Eon und mögliche Folgen für NRW standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Das Unternehmen will sich auf erneuerbare Energien konzentrieren.

## Jahresrückblick

S. 18-19

Das Jahr 2014 ist schon bald Vergangenheit. „Landtag Intern“ blickt zurück und erinnert an Ereignisse und Themen, mit denen sich Plenum und Ausschüsse beschäftigt haben.

## Cannabis

S. 22

Sollte der Konsum von Cannabis legalisiert werden? Sechs Sachverständige äußerten sich im Rechtsausschuss zu dieser Frage. Fazit der Anhörung: Die meisten warnten vor einer Freigabe.

## Halbzeit

### Haushalt 2015 zur Mitte der Legislaturperiode



# Halb voll, halb leer?

Rund zweieinhalb Jahre sind es noch bis zum Ende der Legislaturperiode. Dann stellen sich die Parteien wieder dem Urteil der Wählerinnen und Wähler. Vor diesem Hintergrund gestalteten sich die Haushaltsdebatten zumindest teilweise als Rückschau und Ausblick. So ging es nicht nur um Finanzen im engeren Sinn, sondern auch um den Unternehmensstandort Nordrhein-Westfalen. Wie ist er derzeit aufgestellt, was sind seine Perspektiven für die Zukunft? Weitgehend unumstritten: die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums für Arbeitsplätze und Einkommen – auch für die Einnahmen des Staates.

Genau an diesem Punkt scheiden sich die Geister: Wie soll die Energieregion Nr. 1 in Deutschland auf die Energiewende reagieren? Welche Rolle können zukünftig noch die konventionellen Kraftwerke spielen, welche Rolle sollen regenerative Energieträger in einer gegebenenfalls dezentral organisierten Versorgungsstruktur übernehmen? Und in diesem Zusammenhang: Gibt das Klimaschutzgesetz die richtige Richtung vor oder hemmt es notwendige Investitionen? In der Sozial- und Beschäftigungspolitik gilt die gleiche Frage denn auch für das Tarifvertragsgesetz hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Wie ist die Bedeutung des Faktors Bildung einzuschätzen und ist es richtiger, hier zu investieren, als zu sparen und die Neuverschuldung zurückzufahren? Für den Faktor Infrastruktur ist in einem Export- und Transitland wie NRW die gleiche Abwägung zu treffen.

All dies unter dem Vorzeichen des beschlossenen Stopps der Neuverschuldung ab dem Jahr 2020. Wie dieses Ziel erreichen? Ist es richtiger, in Zeiten konjunktureller Schwäche auf mehr staatliches Engagement zu setzen? Oder auf wirtschaftliches Wachstum? Oder bedingt das eine das andere?

## GLEICHE FRAGEN – UNTERSCHIEDLICHE ANSÄTZE

Alles Fragen, denen sich die Abgeordneten des Landtags in der zweiten und dritten Lesung des Haushalts stellten. Dass Regierungs- und Oppositionsfractionen dabei zu unterschiedlichen Antworten kamen, ist die natürliche Selbstverständlichkeit in einer freiheitlichen Demokratie, die von Wort und Widerwort lebt. Gleiches gilt für die Analyse der finanziellen Lage der Kommunen; hier reicht die Beschreibung von „alarmierend“ bis „Erfolge sind sichtbar“.

Alle diese Themen und Politikfelder finden Sie in diesem Heft. Und den Rückblick auf das Jahr 2014. Die hier genannten Themen – Innere Sicherheit, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, Klimawandel, inklusive Gesellschaft, also das Zusammenleben von alten und jungen, behinderten und nicht-behinderten Menschen – werden auch die zweite Hälfte der Legislaturperiode mit prägen. Landtag Intern wird berichten. *cw*



### Schwerpunkt: Haushalt 2015

Zweite Lesung: Das Ziel im Blick ..... 4-9

Generaldebatte zur dritten Lesung ..... 10-11

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum

<b>Unternehmen: Die Zukunft der Energieversorgung ....</b>	<b>3</b>
<b>Meldungen .....</b>	<b>12-13</b>

### Aus den Ausschüssen

<b>Meldungen .....</b>	<b>15</b>
<b>Regionales: Diskussion um die Rolle des Ruhrgebietes .....</b>	<b>16</b>
<b>Finanzen: Die Haushaltssanierung und die Häuslebauer .....</b>	<b>17</b>
<b>Recht: Cannabis – legalisieren oder lieber nicht?.....</b>	<b>22</b>
<b>Gesetzgebung .....</b>	<b>14</b>
<b>Rückblick: Das war 2014 .....</b>	<b>18-19</b>
<b>Aus den Fraktionen .....</b>	<b>20-21</b>
<b>Persönlich: Friedhelm Ortgies (CDU) .....</b>	<b>23</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>23</b>
<b>Termine .....</b>	<b>24</b>



# Die Zukunft der Energieversorgung

## Aktuelle Stunde zur geplanten Aufspaltung von Eon

**5. Dezember 2014 – Der geplante Umbau des Energiekonzerns Eon stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde des Landtags. Anlass waren Anträge von CDU und PIRATEN. Das Unternehmen hatte Ende November angekündigt, sich künftig auf erneuerbare Energien, Energienetze und Kundenlösungen zu konzentrieren. Die Geschäftsfelder Gas, Kohle und Atomenergie sollen in eine neue, eigenständige Gesellschaft überführt werden.**

Die CDU zitierte in ihrem Antrag ([Drs. 16/7468](#)) eine Länderstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW). Aus ihr gehe hervor, dass Nordrhein-Westfalen beim Thema erneuerbare Energien zurückfalle. Die konventionellen Energien gerieten immer stärker unter Druck, der Ausbau der erneuerbaren Energien komme nicht voran. Die Landesregierung riskiere damit die Zukunft NRW als Industrieland.

Die Folgen der Eon-Aufspaltung seien völlig unklar, hieß es im Antrag der PIRATEN ([Drs. 16/7469](#)). Der Rückbau der Atomkraftwerke sei eine Aufgabe des neuen Unternehmens. In der Vergangenheit sei ja bereits die Idee einer „Atomstiftung“ diskutiert worden, in die Kraftwerksbetreiber ihre Risiken auslagern könnten. Daher müsse geklärt werden, ob auf den Staat finanzielle Risiken zukämen.

Der Eon-Umbau sei eine Reaktion auf die Herausforderungen des Energiemarktes, sagte [Thomas Kufen](#) (CDU) in der Debatte. In den vergangenen Jahren seien bei erneuerbaren und konventionellen Energien immer wieder neue Hürden aufgestellt worden. Ob die Entscheidung Eons nun als Befreiungsschlag oder Kapitulation zu werten ist, sei noch nicht absehbar. Mit Ratschlägen, wie ein Unternehmen sich verhalten soll, solle sich die Politik zurückhalten. Die Politik müsse aber darauf achten, dass die Finanzierung des Kernkraftrückbaus gewährleistet und die Versorgungssicherheit erhalten bleibe.

„Eon will die fossile Kraftwerkssparte abstoßen“, sagte [Kai Schmalenbach](#) (PIRATEN). Das Signal sei zu begrüßen. Den erneuerbaren Energien gehöre die Zukunft, die „Dinosaurier der Energiegewinnung“ hätten ausgesiedelt. Bislang habe die Politik jede Gruppe, die an der Energiewende beteiligt war, „drangsalieren, ruiniert oder zumindest verärgert“. Darauf habe Eon reagiert. Allerdings dürfe am Ende keinesfalls der Bürger die Zeche zahlen. Schmalenbach forderte ein Kohleausstiegsgesetz, nur für einen begrenzten Zeitraum sollten erneuerbare und fossile Energien koexistieren können.

### „STRATEGIEWECHSEL“

[Rainer Schmeltzer](#) (SPD) bezeichnete die Eon-Aufspaltung als den dritten fundamentalen Strategiewechsel innerhalb weniger Jahre. Das Unternehmen flüchte nicht vor der Energiewende, sondern nehme eine strategisch offensive Position ein und handle entsprechend. Bedeutsam für Nordrhein-Westfalen sei, dass kein Personal abgebaut werde. Das habe Eon deutlich erklärt. Wichtig sei zudem, dass der Hauptsitz im Rhein-Ruhr-Gebiet bleibe. NRW gerate also keineswegs ins wirtschaftliche Abseits, sondern bleibe ein starker und moderner Industriestandort mit einem zukunftsfähigen Energiemix.

Er habe die Nachricht von der Eon-Aufspaltung mit Sorge vernommen, berichtete [Dietmar Brockes](#) (FDP): „Der Branchenprimus gibt auf, kehrt der Marktwirtschaft den Rücken und begibt sich vollends in die Subventionswirtschaft und damit in den Einflussbereich der Politik.“ Vermutungen, dass Eon sich vor den Kosten des Atomausstiegs drücken wolle, nannte Brockes „unlautere Panikmache“. Unabhängig von der Unternehmensstruktur bleibe bei der Entsorgung von Atomanlagen das Verursacherprinzip entscheidend. Entsprechende Rücklagen gingen auf die neue Gesellschaft über, Schulden blieben bei Eon.

Vom Eon-Konzern gehe ein positives Signal aus, sagte [Wibke Brems](#) (GRÜNE). Verbraucher verlangten heute immer mehr nach auf sie zugeschnittenen Lösungen. Sie wünsche sich auch von anderen Großunternehmen ähnliche Entscheidungen. Eine Vollversorgung durch erneuerbare Energien sei möglich, betonte die Abgeordnete. „Wir brauchen endlich eine echte Energiewende“, so Brems. Es bleibe aber die Sorge, dass sich ein Unternehmen, das mit Kohle und Atomstrom Milliarden verdient habe, bei den Kosten des Ausstiegs aus der Kernenergie möglicherweise aus der Verantwortung stehlen wolle.

Es sei zu begrüßen, dass sich der größte deutsche Energiekonzern den Herausforderungen der Energiewende offensiv stelle, erklärte Wirtschaftsminister [Garrelt Duin](#) (SPD). Die konventionelle Energieerzeugung sei jedoch noch lange Zeit nötig, um die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen. Die Landesregierung werde genau beobachten, welche Auswirkungen die Teilung von Eon haben werde. Eon habe sich „mutig entschieden“ und das sei zu begrüßen, ergänzte Umweltminister [Johannes Remmel](#) (GRÜNE). Mit neuen Energien könne man kein altes System betreiben. *zab*

Foto: Schälte





# Das Ziel im Blick

## Der Etat 2015 im Detail – Richtung umstritten

3./4. Dezember 2014 – Man ist auf der Zielgeraden. Dies gilt für den Haushalt 2015, der nunmehr die Hürde der zweiten Lesung nahm (dritte Lesung siehe Seite 10/11). Dies gilt für die Legislaturperiode, deren zweite Hälfte angebrochen ist. Und das gilt für den Weg zur Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2020 keine Neuverschuldung mehr zulässt. Alles drei führte zu einem heftigen Schlagabtausch über den finanzpolitischen Kurs der Landesregierung.



### GRUNDSATZDEBATTE – ALLGEMEINE FINANZEN

Für die CDU-Fraktion warf [Dr. Marcus Optendrenk](#) der Landesregierung eine verfehlte Finanzpolitik vor. Deren einzige wirkliche Sparmaßnahme, die Kürzungen bei der Beamtenbesoldung, sei vom Landesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Der Abschlussbericht des „Effizienzteams“ der Landesregierung über mögliche Einsparpotenziale liege nicht vor. Stattdessen plane sie eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer, was bei einer Anhörung von der Mehrzahl der Experten kritisiert worden sei. Die SPD-Fraktion wies die Kritik zurück. Die Opposition habe keinen einzigen „sachdienlichen Hinweis“ gegeben, was sie in der Haushaltspolitik anders machen wolle, und nehme die Fakten nicht zur Kenntnis, sagte

[Martin Börschel](#). Trotz schwieriger Rahmenbedingungen sei der Haushaltsentwurf von Rot-Grün ein weiterer Schritt auf dem Weg zur geplanten Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020. Zugleich setze die Koalition die richtigen inhaltlichen Prioritäten und reduziere die Neuverschuldung. [Ralf Witzel](#) (FDP) sprach von einem Jahr „der haushaltspolitischen Peinlichkeiten“. So sei eine monatelange Haushaltssperre verhängt worden, den Gästen der Landesregierung sei nur noch Leitungswasser serviert worden und es habe „Warhol-Verkäufe auf dem Kunstbasar“ gegeben. Die Landesregierung habe sich von einer ernsthaften Sanierung der Landesfinanzen verabschiedet. Der Etatentwurf sei „unsolid finanziert“ und biete keine Perspektive, dass NRW 2020 die Schuldenbremse einhalten könne. „Sie reden das Land schlecht“, hielt [Mehrhad Mostofizadeh](#) (GRÜNE) den Fraktionen von CDU und FDP vor. Von beiden habe

er „keinen einzigen Haushaltsänderungsantrag substanzieller Art“ gehört. Gleichwohl gebe es „versteckte Vorschläge“ der Christdemokraten, die unter anderem Kürzungen im Kulturbereich betreffen. Die Opposition verschweige, dass die rot-grüne Landesregierung eine Absenkung der Nettoneuverschuldung um eine Milliarde Euro vorschläge. CDU und FDP dagegen „mäkelten nur herum“. [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) bewertete die rot-grüne Haushaltspolitik mit „Mangelhaft minus“. Die Finanzplanung beinhalte vor allem weitere Schulden. Seine Fraktion habe Anträge zur Finanzierung der Hochschulen, der offenen Ganztagschulen, der Schulsozialarbeit und der Flüchtlingspolitik eingebracht, die aber abgelehnt worden seien. Die entsprechenden Anträge von SPD und GRÜNEN vermisste er in der zweiten Lesung. NRW müsse sich beim Bund für die „Eliminierung von Steuerschlupflöchern“ einsetzen. Die Opposition scheue sich nicht, die Situation Nordrhein-Westfalens schlecht zu reden, sagte Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD). Tatsächlich aber rede man „über die Perspektiven eines finanzstarken Landes“ und den „sparsamsten Haushalt aller Bundesländer“. Gemessen an seinem Volumen, werde für diesen Haushalt der niedrigste Prozentsatz an Krediten seit 40 Jahren gebraucht. „Dieser Haushalt ist auf dem Weg, die Schuldenbremse einzuhalten“, sagte der Finanzminister.

### MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

Zum Einzelplan der Staatskanzlei habe die CDU beantragt, die Zuschüsse für jüdische Gemeinden um 1 Million Euro zu erhöhen, so [Werner Jostmeier](#). Diese müssten ihre Gebetsstätten leider stärker schützen. Kritik übte er an den geplanten „TatKraft“-Tagen. Der Einzelplan der Ministerpräsidentin bleibe auf gleichem Niveau wie seit 2010, erläuterte [Elisabeth Müller-Witt](#) (SPD). Sie begrüßte die „TatKraft“-Tage, die einen barrierefreien Kontakt der Ministerpräsidentin mit Bürgerinnen und Bürgern ermöglichten. [Holger Ellerbrock](#) (FDP) griff den Aspekt „Landesplanung“ auf und kritisierte unter anderem, die Energie-, Klima- und Umweltpolitik verschlechtere die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in NRW. Gleichzeitig seien die Verkehrswege chronisch unterfinanziert. Gemeinsamkeiten hinsichtlich einer „Erinnerungskultur“ und Aktivitäten des Landtags hierzu – 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg – hob [Mehrhad Mostofizadeh](#) (GRÜNE) hervor. Auch deshalb wandle er sich gegen Kürzungsvorschläge der CDU. Der Etat der Ministerpräsidentin zeichne sich insgesamt durch Kontinuität und Sparsamkeit aus, so [Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren](#) (SPD). Die „TatKraft“-Tage orientierten sich an Themen wie Zukunft der Logistik oder Situation des Einzelhandels.

Die Arbeit für Europa sowie die Eine-Welt-Arbeit seien praktisch eingefroren. Dies ist in



den Augen von [Ilka von Boeselager](#) (CDU) „keine gute Zukunft“. Sie hoffe auf neue Ansätze und Initiativen zum kommenden „Europäischen Jahr der Entwicklung“. Mit knappen Haushaltsmitteln werde im Bereich „Europa“ und „Eine Welt“ viel getan, widersprach [Volker Münchow](#) (SPD) und verwies unter anderem auf die Jugendarbeit. NRW Sorge dafür, dass sich seine Partnerländer und -regionen positiv entwickelten. Die Einigkeit im Landtag über die Wichtigkeit Europas unterstrich [Dr. Ingo Wolf](#) (FDP). Anders sei es beim Thema „Eine Welt“: Hier verwies Wolf auf die Zuständigkeit des Bundes. Die Landesmittel seien in ihrer Wirksamkeit mehr als zweifelhaft. Angesichts der niedrigen Summen konzentrierte man sich auf die Förderung von Europaschulen und europaaktiven Kommunen, betonte [Herbert Franz Goldmann](#) (GRÜNE). Auch weltweit leiste NRW seinen Beitrag dazu, einzelne Regionen etwas krisenfester zu machen. Die Europapolitik begrüßte [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN). Gleichzeitig forderte er mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an europäischen Prozessen. In der Eine-Welt-Politik warte man auf neue Ansätze; 20.000 Euro seien für humanitäre Hilfe zu wenig. Man verfüge zwar über einen Verstärkungsansatz von 500.000 Euro, könne aber nicht alle humanitären Katastrophen abwenden, antwortete [Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren](#) (SPD). Wichtig sei, in der Bevölkerung Unterstützung für diese Arbeit zu finden.

Der Medienstandort NRW sei nicht mehr führend in Deutschland, konstatierte [Thorsten Schick](#) (CDU). Verantwortlich dafür sei für ihn vor allem der „Murks“ im neuen Landesmediengesetz, das Rot-Grün wenige Monate nach Inkrafttreten habe ändern müssen. Auf die zahlreichen Aktivitäten in der „Medienkompetenzvermittlung“ wies [Alexander Vogt](#) (SPD) hin. Dies sei in der neuen, digitalen Medienlandschaft von hoher Bedeutung. Auch fördere NRW über die Film- und Medienstiftung den Film- und Gamestandort. Gute Ergebnisse im Medienland NRW seien das Ergebnis von kräftigen Unternehmen, aber nicht der Leistung der

rot-grünen Landesregierung, meinte [Thomas Nüchel](#) (FDP). So werde der Medienstandort durch eine Auszehrung der Film- und Medienstiftung geschwächt. Immer mehr Aufgaben bei immer weniger Geld, das könne nicht funktionieren, kritisierte [Daniel Schwerd](#) (PIRATEN) vorgesehene Kürzungen bei der Film- und Medienstiftung. Auch müsse die Förderung der Medien- und Kreativwirtschaft unbürokratischer erfolgen.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

[Klaus Kaiser](#) (CDU) kritisierte, dass in der Bildungspolitik „klare Zielvorgaben und klar definierte Standards“ fehlten, unter anderem bei der Inklusion. Hier müsse es „Bildungsqualität“ für alle Schüler geben. „Davon sind wir weit entfernt.“ [Renate Hendricks](#) wies für die SPD-Fraktion die Kritik am rot-grünen Bildungshaushalt zurück. Die Landesregierung belasse alle demografischen Gewinne im System. Dies bedeute mehr Geld pro Schülerin und Schüler und damit mehr Lehrerinnen und Lehrer. Rot-Grün betone zwar, dass Bildung oberste Priorität habe, sagte [Yvonne Gebauer](#) (FDP). Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung habe in fünf Jahren mehr als 8.000 Lehrerstellen geschaffen. Rot-Grün habe dagegen seit 2012 mehr als 4.000 Stellen gestrichen. Für die Fraktion der GRÜNEN sagte [Sigrid Beer](#), dass Rot-Grün bei den Grundschulen eine Schüler-Lehrer-Relation von unter 22 erreicht habe. Das sei eine Leistung. Und dies sei so geschehen, dass viel mehr kleine Grundschulen im Land Bestand hätten. [Monika Pieper](#) (PIRATEN) beklagte, dass die Rahmenbedingungen für die Inklusion an den Schulen nicht stimmten. So kämen nicht genug Sonderpädagogen an die allgemeinen Schulen. Diese stiegen ohne die notwendige Unterstützung in die Inklusion ein. [Schulministerin Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) verteidigte den Bildungsetat. Er zeige deutlich, dass SPD und GRÜNE Wort hielten bei ihrer Priorität Bildung. Die Landesregierung mache das Schulsystem zukunftsfest und stelle die richtigen Weichen.

INNOVATION, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Rot-Grün werde mit diesem Haushalt dem Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW nicht gerecht, sagte [Dr. Stefan Berger](#) (CDU). Mit ihrer Wissenschaftspolitik habe die Koalition verbrannte Erde hinterlassen. Als Beispiel nannte er das Hochschulgesetz. Der Haushalt biete Perspektive, Solidität und Planungssicherheit für die Hochschulen, entgegnete [Karl Schultheis](#) (SPD). Das neue Hochschulgesetz Sorge dafür, dass Ressourcen sinnvoll eingesetzt und die Qualität der Studienangebote gefestigt würden. In keinem anderen Bundesland werde so wenig Geld je Studierendem zur Verfügung gestellt wie in NRW, sagte [Angela Freimuth](#) (FDP). Statt in Bürokratie müsse mehr Geld in Lehre und Forschung sowie in die Betreuung junger Menschen investiert werden. Das Land gebe so viel Geld für seine Hochschulen aus wie noch nie, erklärte [Dr. Ruth Seidl](#) (GRÜNE). Deshalb sei auch mehr Transparenz gegenüber dem Parlament erforderlich. Der Hochschul- und Wissenschaftshaushalt sei eine echte Erfolgsgeschichte. [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) sprach von einer Unterfinanzierung der Universitäten und Fachhochschulen. Rot-Grün verharre trotz hoher Studierendenzahlen in der Mängelverwaltung und wolle die Qualität der Studienbedingungen und der Lehre nicht verbessern. Die 7,8 Milliarden Euro seien eine enorme Summe, sagte [Ministerin Svenja Schulze](#) (SPD). Damit könne man sich im Ländervergleich sehr gut sehen lassen. Es handle sich um sehr gut angelegtes Steuergeld für Wissenschaft, Forschung und Innovationen.

ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei NRW bundesweit Schlusslicht, bemängelte [Matthias Kerkhoff](#) (CDU). Die Wirtschaft in NRW



Fotos: Schälte

Klaus Kaiser (CDU)

Renate Hendricks (SPD)

Yvonne Gebauer (FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Monika Pieper (PIRATEN)

Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



wachse unterdurchschnittlich, Produktivität, Innovation, Arbeitszeit seien geringer als in anderen Bundesländern. „Wir stellen Chancen und Teilhabe für alle sicher“, erklärte **Michael Scheffler** (SPD) den aktuellen Kurs. Dies geschehe zum Beispiel durch Schulsozialarbeit. Weitere Pfeiler seien die Vorbeugung vor Armut und sozialem Ausschluss sowie eine Politik der Inklusion. Von einem „Betonblock bei der Rekordarbeitslosigkeit“, fehlenden Ausbildungsplätzen und Ideenlosigkeit bei der sozialen Inklusion sprach dagegen **Ulrich Alda** (FDP). Der Kurs von Umverteilung und Schulden statt wirtschaftlicher Freiheit sei falsch. Es gelinge vielen Menschen nicht, Fuß zu fassen, andere wiederum gerieten aus dem Tritt, beklagte **Manuela Grochowiak-Schmieding** (GRÜNE). Der Haushalt 2015 komme der Verantwortung

komme. Integration finde in den Kommunen statt, erklärte **Jutta Velte** (GRÜNE). Es sei richtig gewesen, die Kommunalen Integrationszentren zu installieren. Man müsse gemeinsam, fraktionsübergreifend für Integration werben, denn verordnen könne man sie nicht. Jeder Zuwanderer bezahle pro Jahr 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlichen Leistungen erhalte, meinte **Simone Brand** (PIRATEN). Damit Integration gelinge, müsse der entsprechende Etatansatz auf 60 Millionen Euro verdoppelt werden.

Das Ziel der Vollbeschäftigung unterstrich **Arbeits- und Sozialminister Guntram Schneider** (SPD). Man brauche aber die Unterstützung des Bundes. Zur Integration erklärte Schneider, NRW sei das erste Bundesland mit einem Teilhabe- und Integrationsgesetz.

nelle Situation bei der Polizei an. Die Hundertschaften seien überlastet, viele Dienstgruppen könnten an manchen Tagen nicht einmal ihre Sollstärke erfüllen, Einbruchskriminalität werde nur noch verwaltet.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) Sorge nicht für hinreichende Gerechtigkeit, sagte **Ina Scharrenbach** (CDU). Erneut werde es nicht gelingen, die Ausgabenanstiege in den kommunalen Haushalten zu begrenzen. Das Gesetz habe strukturelle Schwächen. Bei der Regierungsübernahme durch Rot-Grün seien 138 Kommunen im Nothaushalt gewesen, sagte **Hans-Willi Körfiges** (SPD). Im vergangenen Jahr seien es vier gewesen. Die Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen sei kommunalfreundlich. Die Lage bei den kommunalen Finanzen sei alarmierend wie nie zu-



Matthias Kerkhoff (CDU)

Michael Scheffler (SPD)

Ulrich Alda (FDP)

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE)

Olaf Wegner (PIRATEN)

Arbeits- und Sozialminister Guntram Schneider (SPD)

nach, hier zu helfen. Zum Beispiel unterstütze er die Betreuungsvereine. Mehr Arbeitsplätze bedeuteten nicht unbedingt weniger Armut, so **Olaf Wegner** (PIRATEN). So brauche man zur Bekämpfung der Altersarmut einen Mindestlohn von 12,50 Euro. Die Schulsozialarbeit habe die Landesregierung durch ihre abwartende Haltung praktisch zerstört.

NRW sei nicht mehr Vorreiter in der Integrationspolitik, wandte sich **Serap Güler** (CDU) gegen die Politik der Landesregierung. Das liege auch daran, dass der zuständige Minister in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik keine Rolle spiele. „Wir haben in der Integrationspolitik seit vielen Jahren viel Gutes bewirkt“, betonte demgegenüber **Ibrahim Yetim** (SPD). Er verwies auf kommunale Integrationszentren und das Integrationslotsenprogramm – und den Einsatz des Integrationsministers. Es fehle eine frühe, sprachliche Förderung und Integrationsförderung der Flüchtlinge in NRW, bemängelte **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Andererseits freue er sich, dass man bei der „Armutsmigration“ wahrscheinlich zu einer gemeinsamen Beschlussfassung

INNERES UND KOMMUNALES

**Theo Kruse** (CDU) sprach von einem „schleichenden Ausverkauf der inneren Sicherheit“, die Bürgerinnen und Bürger verlören zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Im vorliegenden Einzelplan seien keine Perspektiven zu erkennen. **Thomas Stotko** (SPD) wies auf 1.522 Neueinstellungen bei der Polizei hin. Man Sorge dafür, dass genug Polizei auf der Straße sei. Darüber hinaus werde die ehrenamtliche Tätigkeit der rund 80.000 Feuerwehrleute mit 2,7 Millionen Euro gefördert. Nach Ansicht von **Dr. Robert Orth** (FDP) hat sich die Sicherheit in NRW seit 2010 massiv verschlechtert. So sei die Zahl der Wohnungseinbrüche seit 2010 von 44.769 auf 54.953 gestiegen. Die Polizei benötige mehr Geld, um ihren Auftrag zu erfüllen. Die Landesregierung habe die Kommission „Bürger-nahe Polizei“ eingerichtet, erinnerte **Verena Schäffer** (GRÜNE). Ziel sei, dass die Polizei bei den Menschen vor Ort sei und nicht in den Behörden sitze. Der Frage werde man sich stellen müssen. **Dirk Schatz** (PIRATEN) sprach die perso-

vor und die Verschuldung exorbitant gestiegen, meinte **Kai Abrusztat** (FDP). Rot-Grün habe keine Konzepte entwickelt, um gegenzusteuern. Das GFG sei in der Masse völlig unzureichend. Die Probleme der kommunalen Haushalte ließen sich nicht von heute auf morgen lösen, sagte **Mario Krüger** (GRÜNE). Von den Stärkungspaktkommunen erwarte man bis 2020 bzw. 2021 ausgeglichene Haushaltsergebnisse ohne Einbeziehung von Landesgeld.

An der Sicherheit werde in NRW nicht gespart, betonte **Minister Ralf Jäger**. Beim Verfassungsschutz würden 29 neue Stellen zur Bekämpfung des Salafismus eingerichtet. Den Kommunen werde die höchste Ausgleichsmasse aller Zeiten zur Verfügung gestellt.

WIRTSCHAFT, ENERGIE, INDUSTRIE, MITTELSTAND UND HANDWERK

Die Schuldenbremse 2020 werde man laut **Hendrik Wüst** (CDU) ohne eine Wachstumspolitik nicht erreichen. Die Wachstumsschwäche



sei unter anderem durch die Vorgaben zu Tarifreue und Klimaschutz hausgemacht. Auch müsse man die Infrastruktur verbessern. Fast ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsprodukts werde in NRW erwirtschaftet, unterstrich [Thomas Eiskirch](#) (SPD). Die Wirtschaftspolitik des Landes folge dem Prinzip der Vorschau: in der Standortpolitik, der Ressourcen- wie auch der Außenwirtschaft. Unter Rot-Grün sei NRW durch schwaches Wachstum auf den drittletzten Platz der westdeutschen Flächenländer gefallen, so [Ralph Bombis](#) (FDP). Das bedeute ein niedrigeres Durchschnittseinkommen. Die aktuelle Politik belaste Menschen, Betriebe und Kommunen. In der Außenwirtschaft seien 2014 rund 2.000 neue Stellen entstanden – für [Daniela Schneckenburger](#) (GRÜNE) Zeichen eines starken Wirtschaftsstandorts. Damit dies so bleibe,

rungsübernahme 2010 auf mehr als zwei Milliarden Euro verdoppelt, sagte [Wolfgang Jörg](#) (SPD). Dies sei einmalig in Deutschland. Rot-Grün investiere in die Zukunft des Landes, in die Kinder. [Marcel Hafke](#) (FDP) kritisierte, Rot-Grün nehme die Sorgen von Eltern und Erzieherinnen nicht ernst. Die Reform des KiBiz sei ein kleiner Wurf geblieben. Die Situation sei verkompliziert worden, in vielen Bereichen sei das System unfair ausgestaltet. [Andrea Asch](#) (GRÜNE) warf der Opposition vor, „mühsam“ Punkte der Kritik zu suchen. Der Etat sei indes ein deutlicher Beleg dafür, dass SPD und GRÜNE die richtigen Prioritäten setzten. Die Koalition investiere in Kinder, Jugendliche und Familien. [Daniel Dünkel](#) (PIRATEN) forderte, den Kinder- und Jugendförderplan um 10 Millionen Euro zu erhöhen. Seine Fraktion wolle dieses Geld für

NE) verteidigte den Entwurf für den Kultur-etat. Er bleibe konstant. Dies sei in Zeiten von Schuldenbremse und Sparnotwendigkeiten ein gutes Signal, auch an die Kommunen, die den Löwenanteil der Kulturförderung leisteten. Für die PIRATEN-Fraktion bemängelte [Lukas Lamla](#) insbesondere das Kulturfördergesetz der Landesregierung. Es sei mehr eine gute Absichtserklärung als eine wirkliche Stärkung der Kunst- und Kulturlandschaft, weil es eine „finanzielle Nullnummer“ sei. Das Kulturfördergesetz biete Verlässlichkeit, entgegnete Kulturminister [Ute Schäfer](#) (SPD). NRW sei das erste Bundesland, das ein solches Gesetz haben werde. Dies könne stolz machen. Alle Vorhaben, die im Gesetz formuliert seien, seien auch finanziert.

[Holger Müller](#) forderte für die CDU eine Erhöhung des Betrages für die Übungsleiterpau-



Fotos: Schälte

Walter Kern (CDU)

Wolfgang Jörg (SPD)

Marcel Hafke (FDP)

Andrea Asch (GRÜNE)

Daniel Dünkel (PIRATEN)

Ute Schäfer (SPD)

fördere die Landesregierung die Innovation, zum Beispiel im Energiebereich. NRW habe den Strukturwandel bei Kohle und Stahl noch nicht ganz verdaut und drohe nun, bei der digitalen Revolution ins Hintertreffen zu geraten, meinte [Daniel Schwerd](#) (PIRATEN). So fehle es an der Förderung der Zukunftsinvestition „Breitbandausbau“. Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, wolle man Unternehmensgründungen, aber auch die Verknüpfung digitaler Chancen mit der „klassischen Industrie“ fördern, erklärte [Wirtschaftsminister Garrelt Duin](#) (SPD). Gleiches gelte für Chancen durch die Energiewende.

Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen. Die Landesregierung und die Koalition ignorierten dies aber. Familienministerin [Ute Schäfer](#) (SPD) verteidigte die Familienpolitik. Die Situation der frühkindlichen Bildung habe sich gebessert. Man habe viel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht und sei einen „Riesenschritt“ vorangekommen.

[Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg](#) (CDU) kritisierte, der Etat 2015 bedeute letztlich eine Kürzung der Kulturmittel. Die Botschaft an die Kulturszene laute: „Haltet die Füße still. Seid froh, wenn nichts gekürzt wird.“ Dies sei ein „fatales, lähmendes“ Signal. Der Kulturretat sei stabil, ausgewogen und verlässlich, betonte dagegen [Andreas Bialas](#) für die SPD-Fraktion. Er setze Impulse und steige sogar leicht an – obwohl zugleich der Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt in NRW konsequent beschritten werde. Der Kulturretat verharre auf niedrigem Niveau, sagte [Ingola Schmitz](#) (FDP). Sie kritisierte auch den Verkauf von Warhol-Bildern durch Westspiel, einer Tochter der landeseigenen NRW-Bank. Damit sei der „Ausverkauf der NRW-Kultur“ eingeleitet worden. [Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜ-

schale in Höhe von 1 Million Euro im Sportetat. Dies sei auch nötig, um das Ehrenamt zu stärken. Zudem sei es zur Heranbildung des Nachwuchses wichtig. [Rainer Bischoff](#) (SPD) lobte den „Pakt für den Sport“ im Etat – ein Vertrag zwischen Landesregierung und Landessportbund, in dem Förderbeträge pro Jahr festgeschrieben würden. Dieser Pakt schaffe für die Sportorganisationen Planungssicherheit. Für die FDP-Fraktion kritisierte [Marc Lürbke](#) „einige grobe Fouls“ im Sportetat. So werde an der Sportinfrastruktur gespart. Schon allein das sei besorgniserregend. Betroffen seien der Leistungssport und die Nachwuchstalente in den Sportschulen. [Josefine Paul](#) (GRÜNE) sagte, die Kritik laufe ins Leere. Das Sporttreiben habe sich verändert und damit die Anforderungen an die Sportstätten. Zugleich erfordere dies andere Anlagen oder gar keine, etwa, weil Menschen joggen oder Fahrrad führen. [Lukas Lamla](#) (PIRATEN) forderte 5 Millionen Euro für die Förderung der Inklusion im Sport. Die SPD habe seine Fraktion aufgefordert, über ihren Schatten zu springen und dem Sportetat zuzustimmen. Dafür solle Rot-Grün dem

FAMILIE, KINDER, JUGEND,  
KULTUR UND SPORT

[Walter Kern](#) (CDU) kritisierte die Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) durch Rot-Grün. Die Erzieherinnen in den Kitas stünden mit dem Rücken zur Wand, weil ihnen zusätzliche Aufgaben übertragen worden seien. Das gehe zulasten der Kinder. Rot-Grün habe die Mittel für den Elementarbereich seit Regie-



Änderungsantrag zustimmen. Ministerin [Ute Schäfer](#) (SPD) betonte, dass im Sportetat 62,1 Millionen Euro vorgesehen seien. Damit könne das Vorhaben, das Sportland NRW weiterzuentwickeln, vorangetrieben werden. Und damit könnten neue innovative Impulse gesetzt werden.

KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

[Rainer Deppe](#) (CDU) sagte, der Umweltminister habe seit 2010 seinen Etat um 28 Prozent erhöht. Die Akzeptanz für Umweltschutz habe aber unter Rot-Grün nachgelassen, weil der Minister den Menschen vorschreibe, was sie zu tun und zu lassen hätten. Ein zentraler Baustein der Umweltpolitik sei der Klimaschutz, sagte [Norbert Meesters](#) (SPD). Der Klimaschutzplan, den Rot-Grün 2015 beschließen wolle, werde konkrete Maßnahmen enthalten. Er sei ein Fahrplan, mit dem die Ziele erreicht werden sollten. [Henning Höne](#) (FDP) hielt Umweltminister Johannes Rimmel (GRÜNE) vor, dass sein Etat seit

aufgaben zentral wahrnehmen könne – Ausdruck einer Politik des Misstrauens etwa gegen Landwirte oder Tierärzte. [Norwich Rübe](#) (GRÜNE) lobte, der Minister habe den Naturschutzetat verdoppelt und die Arbeit der biologischen Stationen abgesichert. Das sei ein entscheidender Schritt. Denn die Naturschutzgebiete seien die letzten Refugien der heimischen Arten. [Simone Brand](#) (PIRATEN) forderte den Bau von neun weiteren Grünbrücken, damit Tiere gefahrlos Straßen queren könnten. Das sei gut auch für die Menschen, weil es weniger Wildunfälle gebe. Die derzeit 18 fertigen oder geplanten Brücken seien zu wenig. [Henning Höne](#) (FDP) warf dem Minister vor, bei der Umsetzung von Projekten die Beteiligten nicht ausreichend mitzunehmen. Auf diese Weise laufe er Gefahr, Akzeptanz zu verlieren. Und dann käme er inhaltlich nicht einen einzigen Schritt weiter.

Umweltminister [Johannes Rimmel](#) (GRÜNE) verteidigte die Erhöhung seines Etats. Es gehe im Wesentlichen um Investitionen. Der Haushalt biete Ansätze für die Strukturentwicklung im ländlichen Raum, Energieeffizienz, Energieeinsparung und Klimaschutz.

fere keine Antworten auf Probleme wie zum Beispiel die Unterfinanzierung der NRW-Kliniken. Trotz knapper Kassen und höherer Sparanforderungen werde man auch 2015 in eine präventive, vom Menschen her gedachte Gesundheitspolitik investieren, unterstrich [Arif Ünal](#) (GRÜNE). Die patientenorientierte Gesundheitspolitik werde ausgebaut. [Olaf Wegner](#) von den PIRATEN sprach die Altenpflegeseinare an. Mit dem dafür vorgesehenen Geld sei die notwendige Ausbildungsqualität der Altenpflegerinnen und Altenpfleger nicht zu erreichen. Dies sei auch bei einer Anhörung deutlich geworden.

Mehr als ernüchternd sei, was eine bessere Teilhabe der Frauen in guten Berufen sowie beim Aufstieg und bei der Besetzung von Gremien angehe, sagte [Regina van Dinther](#) (CDU). Mädchen nutzten ihre Chancen trotz eines Studiums häufig nicht optimal. [Daniela Jansen](#) (SPD) hob die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes hervor. Es stärke die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen. Insbesondere wolle man eine Festschreibung der Aufgaben und des Stellenumfangs erreichen. Die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ seien überflüssig,



Rainer Deppe (CDU)

Norbert Meesters (SPD)

Henning Höne (FDP)

Hans Christian Markert (GRÜNE)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)

Umweltminister Johannes Rimmel (GRÜNE)

2010 kontinuierlich anwachsen. Damit habe er einen wesentlichen Anteil am Landesetat. Dieser Beitrag bewege sich allerdings in die komplett falsche Richtung. [Hans Christian Markert](#) (GRÜNE) verwies auf die Rolle der Verbraucherberatung, damit Konsumenten auf Augenhöhe agieren könnten. Rot-Grün sei ein verlässlicher Partner der Verbraucherzentralen. Der Etat 2015 sehe eine Erhöhung der Förderung vor. Für die PIRATEN kritisierte [Hanns-Jörg Rohwedder](#), dass SPD und GRÜNE bei der Umweltpolitik „Beton anrühren“ und jeglichen Antrag der Opposition „in Bausch und Bogen ablehnen“. Die konstruktive Oppositionsarbeit sei offensichtlich unerwünscht.

[Christina Schulze Föcking](#) (CDU) kritisierte, der Landwirtschaftsminister habe sich einen Apparat geschaffen, mit dem er mehr Kontroll-

GESUNDHEIT, EMANZIPATION, PELEGE UND ALTER

Der Haushalt sei weitgehend unspektakulär, meinte [Peter Preuß](#) (CDU). Das ausgewiesene Geld reiche aber bei weitem nicht aus, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Unter anderem drohe ein Ärztemangel. Es fehlten Perspektiven für die Zukunft. Der vorliegende Einzelplan werde den Ansprüchen an eine sich verändernde Gesellschaft gerecht, sagte [Serdar Yüksel](#) (SPD). Die nordrhein-westfälische Landespolitik stehe für ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Gesundheits- und Altenpflegewesen. Die Landesregierung bleibe hinter ihren Möglichkeiten zurück und schiebe Probleme vor sich her, befand [Susanne Schneider](#) (FDP). Sie verzettelte sich und lie-

kritisierte [Susanne Schneider](#) (FDP). Sie seien einseitig ausgerichtet. Gleichstellungspolitik werde in Nordrhein-Westfalen allzu oft gleichgesetzt mit Frauenpolitik und dem Ruf nach Quote. Der Haushalt dokumentiere, dass der Landesregierung Frauenförderung sowie die Unterstützung der Fraueninfrastruktur wichtig seien, betonte [Josefine Paul](#) (GRÜNE). Ein Schwerpunkt des Haushaltsplans sei die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. [Marc Olejak](#) (PIRATEN) plädierte für eine „nachhaltige Finanzierung“ von Frauenhäusern über 2017 hinaus. Auch würden besondere Angebote für männliche Opfer häuslicher Gewalt nicht berücksichtigt. Er sah in diesem Zusammenhang „viel Luft nach oben“.

NRW sei mit seinem Krankenhausplan das erste Bundesland, das Strukturqualität geplant



habe, sagte Ministerin [Barbara Steffens](#) (GRÜNE). Den Frauenhäusern wolle man durch Verpflichtungsermächtigungen mehr Sicherheit in der Finanzierung geben.

BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR

Die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei „der jüngste Knüppel“ zwischen die Beine von Menschen, die Wohneigentum kaufen wollen, sagte [Klaus Vossemer](#) (CDU). Sie füge sich ein in eine Reihe von rot-grünen Fehlentscheidungen in der Wohnungspolitik. [Andreas Becker](#) (SPD) warf der CDU vor, sie rede das Land schlecht. Schon mit Blick auf die Städtebauförderung und die Wohnraumförderung

[Bernhard Schemmer](#) (CDU) sagte, Minister Groschek sollte „Forderungminister“ genannt werden. Das sei, was er am besten könne. Das einzige, das in NRW neben den Schulden steige, seien die Forderungen des Ministers an den Bund. Dieser solle mehr Geld geben. [Reiner Breuer](#) (SPD) wies die Kritik zurück. Mit dem Etat liefere Rot-Grün „umweltfreundlichen Treibstoff“ für mehr Mobilität in NRW. Im Bereich Landesstraßenbau gehe weiter Erhalt vor Neubau. Der Schwerpunkt werde auf den Substanzerhalt gelegt. [Christof Rasche](#) (FDP) hielt Rot-Grün vor, zu wenig zu investieren. Die Quote sei pro Kopf niedriger als in den anderen Flächenländern. 2009 hätten für die Landesstraßen 172 Millionen Euro zur Verfügung gestanden, 2015 seien es 155 Millionen Euro. [Arndt Klocke](#) (GRÜNE) appellierte an den Bund: „Motten Sie endlich diese Pkw-Maut

tiz werde der Personalstand in den kommenden Jahren stabil bleiben können, erläuterte [Sven Wolf](#) (SPD). Gleichzeitig plane man an den Landgerichten Köln und Düsseldorf zusätzliche Richterstellen ein und bilde zusätzliche Amtsanwälte aus. Er habe sich im Fall Hoeneß in fremde Justizangelegenheiten eingemischt, Zahnärzte diffamiert und zu lange die hohe Belastung der Landgerichte in Köln und Düsseldorf gelegnet: [Dirk Wedel](#) (FDP) kritisierte deutlich Justizminister Kutschaty. „Unsere Justiz ist trotz starker Belastung leistungsfähig“, widersprach [Dagmar Hanses](#) (GRÜNE) ihrem Vorredner. Der Haushaltsentwurf setze die Weichenstellungen für eine bürgernahe Justiz sowie einen humanen, resozialisierenden Strafvollzug fort. Die zusätzlichen 50 Stellen für Richter und Amtsanwälte reichten bei wei-



Fotos: Schälte

Jens Kamieth (CDU)

Sven Wolf (SPD)

Dirk Wedel (FDP)

Dagmar Hanses (GRÜNE)

Dietmar Schulz (PIRATEN)

Justizminister Thomas Kutschaty (SPD)

werde aber deutlich, dass NRW auch bei Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung bei Rot-Grün in guten Händen sei. [Holger Ellerbrock](#) (FDP) verwies auf die angespannte Haushaltslage. Ziel müsse daher sein, privates Kapital für öffentliche Aufgaben zu mobilisieren. Im Bereich Bauen und Wohnen gebe es unter Rot-Grün aber Tendenzen, die genau das Gegenteil bewirkten. Gutes Leben heiße für Rot-Grün auch gutes Wohnen, betonte [Daniela Schneckenburger](#) (GRÜNE). Dazu gehöre vor allem bezahlbarer Wohnraum, energetische Sanierung und barrierefreies Wohnen. Die FDP habe dagegen ein Programm der „sozialen Kälte“. Die PIRATEN vermissten einen intelligenten Ansatz, mit dem die sehr unterschiedlichen Probleme in Regionen und Städten gelöst werden könnten, so [Oliver Bayer](#). Wachsende Wohnungsmärkte benötigten eine andere Begleitung als scheinbar entspannte. Bauminister [Michael Groschek](#) (SPD) verteidigte die Prioritätensetzung in seinem Etat. Mit einem großen Bündnis für Wohnen und Stadtentwicklung fördere und stärke Nordrhein-Westfalen soziale Vielfalt und keine Gettoisierung. Dies bestätigte die Debatte.

ein.“ Mittlerweile gehe man davon aus, dass die Kosten der Einführung aufgrund technischer Notwendigkeiten höchstwahrscheinlich höher seien als die Einnahmen durch die Maut. Für die PIRATEN warf [Stefan Fricke](#) der Landesregierung vor, sie lasse die Verkehrsinfrastruktur und ganz besonders den schienengebundenen Verkehr „verlottern“. Seine Fraktion stimme daher gegen den Etat und fordere, ihn deutlich nachzubessern. Laut [Minister Groschek](#) (SPD) stehen für die Landesstraßen 155 Millionen Euro bereit, für die Kommunalstraßen inklusive der Radwege fast 150 Millionen Euro: „Wir machen NRW mobil.“ Ziel sei, den Reparaturstau aufzulösen und damit den Stau auf den Straßen.

JUSTIZ

Keine Strukturveränderungen, keine Dienstrechtsreform, für die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage fehle das Geld, gleichzeitig sei NRW Spitzenreiter beim Schuldenmachen – für [Jens Kamieth](#) (CDU) Zeichen einer verfehlten Finanzpolitik. Im Bereich Jus-

tem nicht aus, meinte [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN). Nachbesserungen seien notwendig, denn man brauche für den Rechtsgarantieanspruch eine solide personelle Ausstattung der Gerichte. [Justizminister Thomas Kutschaty](#) (SPD) schätzte dies anders ein und erklärte, der Haushaltsentwurf könne die Leistungsfähigkeit und die Arbeit der Justiz sichern. Wo nötig, werde nachgesteuert, so im Bereich der Wirtschaftsdelikte.

*RedRed, Wibke Busch*

Eckdaten zum Haushalt

Für das Jahr 2015 sah der Haushaltsplan vor der dritten Lesung ([Drs. 16/6500](#) bzw. Ergänzung [Drs. 16/6710](#)) laut [Beschlussempfehlung \(Drs. 16/7600\)](#) Ausgaben von rund 64,28 statt ursprünglich 64,09 Milliarden Euro vor. Dabei geht der Finanzminister von Steuereinnahmen in Höhe von 48,2 Milliarden Euro aus. Die Nettoneuverschuldung soll auf 1,93 Milliarden Euro sinken. Für die Gemeinden sind Zuweisungen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro vorgesehen (GFG, [Drs. 16/6502](#) bzw. Ergänzung [Drs. 16/6990](#); [Beschlussempfehlung Drs. 16/7601](#)).



## Chancen geschaffen oder Chancen nicht genutzt?

### Generaldebatte zur dritten Lesung des Haushalts 2015

17. Dezember 2014 – Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag den Haushalt 2015 verabschiedet. Die Oppositionsfractionen von CDU, FDP und PIRATEN lehnten den Etat in der dritten Lesung ab. Der Abstimmung vorausgegangen war eine teils heftig geführte Debatte über die Politik der Landesregierung und deren Bilanz zur Mitte der Legislaturperiode. Die Oppositionsfractionen nutzten die Generaldebatte, um deutliche Kritik an Rot-Grün zu üben. Die Koalition dagegen verteidigte ihre Arbeit als erfolgreich.

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) wies Äußerungen aus den Reihen von SPD und GRÜNEN zurück, die Opposition rede mit ihrer Kritik an Rot-Grün das Land schlecht. Nur wer Defizite benenne, könne besser werden, betonte er. Auch sei Hannelore Kraft (SPD) zwar die Ministerpräsidentin des Landes, aber nicht das Land. Die Kritik an der Opposition sei ein Ausdruck der „Arroganz der Macht“. Laschet warf der Regierung seinerseits vor, das Bild von einem „insolventen Land“ gezeichnet zu haben. So habe sie eine Haushaltssperre in Zeiten „blühenden Wachstums und sprudelnder Steuereinnahmen“ verhängt. Auch mit dem Flüchtlingskandal und der eskalierten Demonstration von Hooligans in Köln sei ein schlechtes Bild vom Land erzeugt worden. NRW sei „ein Land mit Profil, Potenzial und Perspektive“. Es brauche eine Politik für mehr Wachstum, für mehr Si-

cherheit und mehr Aufstiegschancen. Die Landesregierung tue aber das Gegenteil, indem sie mehr Bürokratie insbesondere für den Mittelstand schaffe, zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiere und eine verfehlte Bildungspolitik betreibe. „Sie machen das Land schlecht. Ihr Haushalt wird die Chancen des Landes und seiner Menschen weiter verschlechtern.“

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) warf Laschet vor, das Bild von einem Land zu zeichnen, das „nur in ihren parteipolitischen Fantasien existiert“. Er habe es erneut schlecht geredet. „Sie kennen das Land nicht, sie haben keine Ahnung von NRW“, rief er dem CDU-Politiker zu. Römer verteidigte die Politik von Rot-Grün. Seit Amtsantritt der Regierung 2010 sei NRW „stärker und gerechter geworden“. Es sei „ein Land auf dem Weg zu echter Chancengleichheit und bestmöglicher Bildung in

Kita und Uni“. Der Etat 2015 demonstriere die rot-grünen Prioritäten, beispielsweise indem rund 25 Milliarden Euro für Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung, Schulen, Universitäten sowie für Wissenschaft und Forschung ausgegeben würden. Die Landesregierung habe die Zahl der Kitaplätze für Unter-Dreijährige deutlich erhöht. Durch den Ausbau der Offenen Ganztagschule werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Der Haushalt 2015 zeichne sich aber nicht nur durch Zukunftsinvestitionen aus, sondern durch eine abermalige Senkung der Neuverschuldung. „Die rot-grüne Koalition unter der Führung von Hannelore Kraft kann zur Mitte dieser Legislaturperiode auf eine beachtliche Leistungsbilanz hinweisen.“

„Dieses Land ist eigentlich stark, aber es wird schwach regiert. Es könnte großartig

Fotos: Schälte

Armin Laschet (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)



sein, aber es ist kleingeistig,“ kritisierte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Er betonte, dass keine Konsolidierungsstrategie erkennbar sei. Dass die Neuverschuldung unter zwei Milliarden Euro liege, sei in erster Linie auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurückzuführen, die auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werde. „Sie greifen den Menschen in die Kasse, statt selbst etwas zu tun“, sagte Lindner, „Sie sind die Mietpreistreiber.“ Dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft angekündigt habe, im Karneval als Vampir gehen zu wollen, sei eine echte Innovation: „Normalerweise verkleidet man sich im Karneval.“ Unter Krafts Regierungsverantwortung habe das Land Kurs auf den Staatsbankrott genommen. Lindner forderte u.a. ein Sonderprogramm für den Landesstraßenbau, den Abbau von Bürokratie, eine wirtschaftlichere Führung der Landesbetriebe und mehr Polizei-Anwärter. Beim Thema „Innere Sicherheit“ unterstellte er Innenminister Ralf Jäger (SPD) ein „katastrophales, systematisches Versagen in den letzten Monaten“ und „unsensible Brutalo-Rhetorik“ im Zusammenhang mit islamfeindlichen Demonstrationen.

Als „solide und vernünftig“ verteidigte GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender [Reiner Priggen](#) den Haushaltsentwurf. Die Neuverschuldung werde Schritt für Schritt zurückgefahren, gleichzeitig setzten die Koalitionsfraktionen Schwerpunkte. Dazu zählten mehr Finanzmittel für die Kommunen. Zudem seien die Aufwendungen für frühkindliche Bildung im Vergleich zu 2010 um 1 Milliarde auf 2,3 Milliarden Euro erhöht worden. Für die Hochschulen werde ebenfalls mehr Geld ausgegeben. Zur Bewältigung der Flüchtlingsströme unternehme das Land „ein Erhebliches, um die Kommunen zu unterstützen“. So habe sich der Haushaltsansatz mit nun

390 Millionen Euro seit 2010 mehr als versechsfacht. Der CDU-Opposition warf Priggen vor, „nicht einen konkreten Einsparvorschlag“ außer der „unsozialen“ Wiedereinführung von Studien- und Kita-Gebühren zu machen. Alle anderen Forderungen seien „Luftbuchungen“ oder Streichungen nach dem „Rasenmäher-Modell“. Mit Blick auf die Mittelverteilung für die Bundesländer sagte Priggen: „Es gibt eine strukturelle Benachteiligung dieses Landes seit mehr als 20 Jahren.“ So könne es nicht sein, dass NRW als großes Verkehrsland über 400 Millionen Euro pro Jahr weniger bekomme, als ihm zustehe.

„Innovative Zukunft kommt nicht vor“, fasste [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) seine Kritik am Haushaltsentwurf zusammen. Die Landesregierung verwalte den Notstand, bewahre Besitzstände, schreibe Altlasten fort. Notwendig sei zum Beispiel ein Ausbau der digitalen Infrastruktur; dazu gehöre ein Ausbau des Breitbands einerseits ebenso wie ein besserer Schutz der Daten und der Privatsphäre andererseits. Mit Blick auf die gegebenen Gefahren müsse die Vermittlung von Medienkompetenz verstärkt werden. In all diesen Bereichen stehe die Landesregierung auf der Bremse. Angesichts der höchsten Studierendenzahlen in NRW gelte Gleiches auch für die solide Finanzierung der Hochschulen. Heftige Kritik übte Paul an der geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer: Während sie für alle erhöht werde, schaue der Finanzminister weg, wenn sie in einem Geschäft zwischen der landeseigenen Portigon AG und einem Großinvestor vermindert werde. Ein solches Vorgehen fördere die Politikverdrossenheit. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik des Landes sagte Paul: „Dafür schäme ich mich.“ Trotz der bekanntgewordenen „schockierenden“ Vorfälle sei niemand bereit,

die vom Flüchtlingsrat geforderten Standards einzuführen.

Ein Satz im Beitrag von FDP-Fraktionschef Lindner habe sie wütend gemacht, sagte [Ministerpräsidentin Hannelore Kraft](#) (SPD). Dass er Nordrhein-Westfalen als „kleingeistig“ bezeichne, sei ein „Skandal“ und „frevelhaft“. Es sei unzumutbar, dass er die Menschen im Land in dieser Form angreife. „Wem unser Land am Herzen liegt, der redet es nicht schlecht“, so die Ministerpräsidentin. Verglichen mit dem Fußball, bewege sich NRW nicht in der Abstiegszone, sondern vielfach auf Championsleague-Niveau. Lindner verweigere sich diesen Realitäten. Amüsiert habe sie sein Hinweis auf ihre Karnevalskostümierung. Ihm empfahl die Ministerpräsidentin, als „Heißluftballon“ zu gehen. Kraft wies auch die anderen Kritikpunkte der Opposition an Haushalt und der Politik der Landesregierung zurück: „Wir sind auf Kurs und müssen uns nicht verstecken.“ Als Beispiele nannte sie Investitionen in Bildung, Kinder und Kommunen. Von einem Qualitätsverlust bei den Hochschulen könne keine Rede sein, bei der Inklusion gelte NRW als Vorreiter. Die Ministerpräsidentin ging auch auf die Flüchtlingspolitik ein: Das Geld vom Bund werde eins zu eins an die Kommunen weitergegeben, das Land gebe zusätzlich 91 Millionen Euro.

*Red, Wibke Busch, Christian Wolf*

### Angenommen

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN in dritter Lesung den Gesetzentwurf zum Haushalt 2015 ([Drs. 16/6500](#) bzw. Ergänzung [Drs. 16/6710](#)) laut [Beschlussempfehlung \(Drs. 16/7600\)](#) und [Änderungsantrag \(Drs. 16/7609\)](#) angenommen.



Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)



### Landesjagdgesetz eingebracht

5.12.2014 – Der Landtag hat sich in erster Lesung mit der geplanten Änderung des Landesjagdgesetzes beschäftigt. Grundlage waren der Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/7383](#)) sowie der FDP-Antrag „Rot-Grüne Verbotskultur in der Jagdrechtsnovelle schadet Natur- und Tierschutz – die Jagd nicht abschaffen!“ ([Drs. 16/7400](#)). Die Novelle ziele nicht darauf ab, die Jagd zu schwächen, so Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Vielmehr sollten der Tierschutz verbessert, der Artenschutz gestärkt und der Waldschutz gesichert werden. Beispielsweise sollen Fallenjagd, Totschlagfallen, Baujagd und die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren nicht mehr erlaubt sein und auch der Abschuss von Katzen und Hunden neu geregelt werden. Die Landesregierung versuche, die flächendeckende Jagd über Einschränkungen in Schutzgebieten unmöglich zu machen, hieß es aus Reihen der FDP. Dies sei eine „Abschaffung der Jagd als Eigentumsrecht durch die Hintertür“. Mit dem neuen Gesetz würden „Jäger an die Kandare genommen, mit Vorschriften und Verboten überhäuft“, so die CDU. Die Position der PIRATEN: Ein neues Jagdgesetz sei sinnvoll, im vorliegenden Entwurf aber noch nicht in allen Details der Weisheit letzter Schluss. Der Gesetzentwurf und der FDP-Antrag wurden einstimmig an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur weiteren Beratung überwiesen.

### Komplettverbot von Fracking gefordert

5.12.2014 – Die PIRATEN forderten im Plenum ein Komplettverbot des sogenannten Fracking ([Drs. 16/7410](#)). Es handelt sich dabei um eine Fördermethode, bei der mithilfe chemischer Mittel Erdgas in tiefen Gesteinsschichten gewonnen wird. Fracking sei eine „Hochrisikotechnologie, deren Folgen nicht kontrollierbar, nicht rückholbar und nicht reparierbar“ seien,

so die PIRATEN. Die von der Bundesregierung vorgelegten Pläne seien der „Entwurf eines Fracking-Ermöglichungsgesetzes“, das es zu verhindern gelte. Die SPD lehnte den Antrag ab. Der Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers stehe an erster Stelle, so die SPD. Das sei die NRW-Position, und so stehe es auch im Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf Bundesebene. Der Antrag der PIRATEN spiele mit Ängsten und sei daher nicht seriös. Die Überschrift des Antrags („Bundesregierung will gefährliche Fracking-Methode in Deutschland ermöglichen“) erwecke den Eindruck, die Bundesregierung habe einem flächendeckenden Fracking Tür und Tor geöffnet, hieß es bei der CDU. Dies stimme jedoch nicht. Die GRÜNEN empfahlen, erst einmal abzuwarten, was in den nächsten Wochen und Monaten aus den Plänen wird. Die Vorlagen seien noch nicht einmal durchs Kabinett gegangen. Darauf wies auch die FDP hin. Die Entwürfe befänden sich erst in der Ressortabstimmung. Ziel sei es, den Einsatz von Fracking in NRW rechtssicher auszuschließen, so die Landesregierung. Der Antrag der PIRATEN wurde mit großer Mehrheit von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP abgelehnt.

### Zukunft des Solidaritätsbeitrags

5.12.2014 – Was passiert mit dem Soli nach Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019? Mit dieser Frage hat sich der Landtag auf Antrag der FDP-Fraktion beschäftigt. Die Liberalen kritisierten in der Plenarsitzung den vorliegenden Vorschlag aller Ministerpräsidenten von SPD und GRÜNEN, die die Ergänzungsabgabe für den Aufbau Ost in die Einkommensteuer überführen wollen. Demgegenüber forderte die FDP, dass der Soli 2019 ausläuft. Dieser Position widersprachen die Regierungsfaktionen von SPD, GRÜNEN sowie der Finanzminister für die Landesregierung. Der Vorschlag einer Weiterführung sei gut, weil er „verfassungsfest“ sei; er gehe auf eine Idee des Bundesfinanzministers zurück. Auch die CDU-Fraktion will den Soli

nach 2019 beibehalten, ihn aber – anders als die rot-grüne Koalition – nicht in die Einkommensteuer integrieren. Dann werde das Geld im Landesetat „versickern“. Die PIRATEN sprachen sich für eine breite Diskussion aus, in der es um sämtliche steuerlichen Aspekte gehe, etwa Fragen nach Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und die Besteuerung von Konzernen. Der [Antrag](#) der FDP wurde mit Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

### Kraftwerke und Klimaschutz

4.12.2014 – Die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung zur Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen, die von Kohlekraftwerken ausgestoßen werden, haben eine Diskussion auch im nordrhein-westfälischen Landtag ausgelöst. Die FDP-Fraktion hatte die Debatte beantragt, weil sie fürchtet, dass es in der Folge zu Zwangsstilllegungen von Kraftwerken komme und damit Nachteile für NRW verbunden seien, das als Energieland Nr. 1 in Deutschland gilt. Die CDU schloss sich dem [Antrag](#) in der Plenarsitzung an. Dieser wurde aber mit den Stimmen der Regierungsfaktionen von SPD und GRÜNEN sowie der PIRATEN-Fraktion abgelehnt. Die Bundesregierung hatte beschlossen, dass die Kraftwerke bis 2020 insgesamt 22 Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid-Emissionen ausstoßen sollen. Ziel ist es, bis zu diesem Jahr den Ausstoß von Treibhausgasen insgesamt um 40 Prozent unter den Stand von 1990 zu senken, um das Klima zu schützen. Die Pläne von Schwarz-Rot nützten dem Klima nichts, argumentierte die FDP-Fraktion. Sie belasteten aber den Wirtschaftsstandort NRW und gefährdeten Arbeitsplätze. Die rot-grüne Landesregierung wies die Kritik zurück.

### Zukunft der Familienpolitik

5.12.2014 – Eine Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ hat der Landtag NRW auf Antrag der SPD-



Fraktion ([Drs. 16/7399](#)) eingesetzt. Erarbeitet werden soll eine milieuorientierte Analyse der Familien in NRW, mit der die soziale Lage, Familienformen, Familienphasen und Geschlechterrollen sowie Gewohnheiten und Orientierungen von Familien, ihre Erwartungen und Wünsche differenziert erfasst werden sollen. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse soll ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept „Politik für Familien in Nordrhein-Westfalen“ entwickelt werden. Der Enquetekommission werden Abgeordnete aller Fraktionen sowie externe Sachverständige angehören. Sie soll eine umfassende Bestandsaufnahme über die Situation der Familien in Nordrhein-Westfalen vornehmen und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen für eine zukunftsorientierte Familienpolitik aussprechen.

### Einsatz für Flüchtlinge

4.12.2014 – „Nordrhein-Westfalen dankt den Kirchen, Religionsgemeinschaften, Hilfsorganisationen und privaten Initiativen in der Flüchtlingsarbeit“, formulierte die CDU als Titel eines Antrags ([Drs. 16/7160](#)). Auch viele muslimische Gemeinden engagierten sich bereits; hier erhoffte die CDU sich aber noch einen stärkeren Einsatz. Dabei könne die Hilfe vielfältig ausfallen: Sie bedeute nicht nur die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch die Übernahme von Behördengängen, die Versorgung mit Kleidung, die Ausgabe von Speisen etc. Dem Dank an die Menschen und die Organisationen schlossen sich SPD, GRÜNE und Landesregierung an. Allerdings solle man die Aufnahme von und die Hilfe für Flüchtlinge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen; eine Reduzierung auf die Konfessionszugehörigkeit sei nicht hilfreich, so die SPD. Auch die muslimischen Gemeinden würden den Flüchtlingen aktiv helfen, betonten die GRÜNEN. Dieser Einsatz geschehe ehrenamtlich und werde aus Spenden finanziert. Daher lehne man es ab, hier staatlich ein stärkeres Engagement einzufordern, wie die CDU es

vorschläge. Die FDP erklärte sich hingegen mit dem Grundanliegen der CDU einverstanden. Es sei auch richtig, die Frage aufzuwerfen, wie Flüchtlinge in Deutschland vor terroristischen Organisationen geschützt werden könnten. Die PIRATEN dagegen teilten nicht den Ansatz, die muslimischen Verbände zu stärkerem Einsatz aufzufordern. Notwendig sei aber, nach den Ursachen einer zunehmenden Radikalisierung junger Muslime zu suchen. In der Abstimmung wurde der Antrag der CDU durch SPD, GRÜNE und PIRATEN abgelehnt.

### Kunst: Schutzschilder und Tarnkappen

4.12.2014 – Man benötige einen „Schutzschild“ für Kunst und Kultur in und aus Nordrhein-Westfalen, betonte die FDP und stellte den Antrag, den „Ausverkauf von öffentlicher Kunst“ zu verhindern ([Drs. 16/7401](#)). Aktueller Anlass: angekündigte Veräußerungen von Kunst durch die landeseigene Portigon AG, Nachfolgerin der WestLB. Die Landesregierung müsse sicherstellen, dass mit Kunst, die in öffentlichem Eigentum stehe, sorgsam umgegangen werde, so die FDP. Die SPD hielt es für „höchst sympathisch“, möglichst viele Kunstwerke dauerhaft einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Entsprechende Regelungen müssten aber zum Beispiel das Unternehmensrecht beachten. Die Landesregierung verwechselte in dieser Debatte Wert und Preis der Kunst, betonte die CDU. Wenn im Zuge der Abwicklung der WestLB deren Kunstsammlung veräußert werden soll, müsse das Land als Eigentümer der ehemaligen WestLB einschreiten. Kunst bewege Menschen, Kunst im öffentlichen Eigentum basiere aber auf Steuergeld, unterstrichen die GRÜNEN. Es sei richtig, hierüber an einem runden Tisch mit externen Fachleuten zu diskutieren. Diesen Runden Tisch begrüßten auch die PIRATEN. Man werde Schutzschilder und Tarnvorrichtungen brauchen, um die Kunst- und Kulturlandschaft in NRW zu schützen. Die Landesregierung bestätigte die Einrichtung des

Runden Tisches; man habe schon vorbereitende Gespräche aufgenommen. Der Antrag der FDP wurde an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

### Mehr Geld für den ÖPNV?

5.12.2014 – In einem gemeinsamen Antrag ([Drs. 16/6129](#)) stellten alle Fraktionen des Landtags fest, dass „eine bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit den derzeit im Regionalisierungsgesetz festgelegten Mitteln nicht sichergestellt werden kann“.

Nordrhein-Westfalen werde bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes (also den Mitteln für S-Bahnen und Regionalbahnen) erheblich benachteiligt; sie müssten angemessen erhöht werden. Der Landesregierung sei es gelungen, alle Bundesländer hinter dieser Position zu vereinen, lobte die SPD. Jetzt müsse man noch Bundestag und Bundesregierung hiervon überzeugen. Der NRW-Verkehrsminister habe im Gegenteil nachgegeben und sei vor den anderen Ländern „eingeknickt“, meinte hingegen die CDU. Sie befürchtete, dass NRW ab 1. Januar 2015 noch weniger bekomme als bisher. Statt 21 Prozent der Regionalisierungsmittel erhalte NRW nur 15,8 Prozent, also jährlich knapp 400 Millionen Euro zu wenig, rechneten die GRÜNEN vor. Nach den jüngsten Verhandlungen werde der Anteil aber auf 19 Prozent steigen. Als Konsequenz wolle die Große Koalition in Berlin die Regionalisierungsmittel nicht weiter erhöhen. Dies kritisierte auch die FDP und verwies auf die Verantwortung der Berliner Regierungsparteien CDU und SPD. Berlin lasse NRW im Regen stehen, meinten ebenfalls die PIRATEN; daran habe auch die jetzige Landesregierung nichts ändern können. Die Bundesregierung habe es versäumt, ein Regionalisierungsfolgesgesetz vorzulegen, mahnte die Landesregierung. Darin liege momentan der Kern des Problems. Der Antrag ([Drs. 16/6129](#)) wurde mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.



## Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
<a href="#">16/7544</a>	Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Schulausschuss	1. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7545</a>	Vollzug der Abschiebungshaft in NRW, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7429</a>	Gesetzliche Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, LR	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7430</a>	Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte, Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energieeinsparungsgesetz, dem Bauproduktengesetz und der Verordnung (EG) Nr. 765/2008, LR	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7474</a>	Aufhebung von Normen aus dem Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzrechts, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7383</a>	Änderung des Landesjagdgesetzes und anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)	Umweltausschuss	Anhörung 22.1.2015
<a href="#">16/7147</a>	Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, SPD/GRÜNE	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/7091</a>	16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Änderung Landesmediengesetz, LR	Hauptausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/6866</a>	Stärkung des Regionalverbands Ruhr, LR	Kommunalausschuss	in Beratung
<a href="#">16/6689</a>	Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge, LR	Innenausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/6637</a>	Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung, LR	Kulturausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/6636</a>	Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 17.12.2014

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
<a href="#">16/6634</a>	Schutz personenbezogener Daten, LR	Innenausschuss	Sachverständigengespräch 26.2.2015
<a href="#">16/6224</a>	Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern etc., LR	Familienausschuss	Ausschuss 22.1.2015
<a href="#">16/6131</a>	Ausführung des Baugesetzbuches, CDU/FDP	Bauausschuss	2. Lesung 18.12.2014
<a href="#">16/6125</a>	12. Änderung Abgeordnetengesetz (Mitarbeiterpauschale), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/6092</a>	Finanzielle Beteiligung der Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 17.12.2014
<a href="#">16/6091</a>	Änderung der Gemeindeordnung, LR	Kommunalausschuss	in Beratung
<a href="#">16/6090</a>	Kommunale Gemeinschaftsarbeit, LR	Kommunalausschuss	in Beratung
<a href="#">16/6088</a>	Änderung des Rettungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Ausschuss 21.1.2015
<a href="#">16/5743</a>	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.3.2015
<a href="#">16/5474</a>	Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 13.5.2015
<a href="#">16/5413</a>	Vollzug der Freiheitsstrafe, Jugendstrafvollzugsgesetz, LR	Rechtsausschuss	Plenum 17.12.2014 gemeinsam mit 16/4155
<a href="#">16/5412</a>	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Ausschuss 1. Quartal 2015
<a href="#">16/5038</a>	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	Ausschuss 22.1.2015
<a href="#">16/4155</a>	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Plenum 17.12.2014 gemeinsam mit 16/5413
<a href="#">16/3948</a>	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
<a href="#">16/2124</a>	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	in Beratung
<a href="#">16/119</a>	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
<a href="#">16/7090</a>	Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2014	angenommen
<a href="#">16/7089</a>	Änderung des Markscheidergesetzes	Landesregierung	2. Lesung 4.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6865</a>	Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6752</a>	Änderung des Baukammergesetzes	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6502</a>	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände	Landesregierung	2./3. Lesung 3./17.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6500</a> <a href="#">16/6710</a>	Feststellung des Haushaltsplans	Landesregierung	2./3. Lesung 3./17.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6635</a>	Tierseuchengesetz und Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6095</a>	Schwangerschaftskonfliktgesetz	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2014	angenommen
<a href="#">16/6089</a>	Änderung des Landesbeamten- bzw. Justizgesetzes	Landesregierung	2. Lesung 4.12.2014	angenommen
<a href="#">16/4824</a>	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020	CDU	2. Lesung 4.12.2014	abgelehnt

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) ausführlichere Informationen.



Foto: Schälte

# MELDUNGEN

## Mehr Freiräume

11.12.2014 – „Bildung ist ... doof“ war eine der möglichen Antworten, die die Abgeordneten im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend auf einem kleinen Test der Landessportjugend ankreuzen konnten. Diese Lösung war natürlich falsch; die Befragung sollte genau fürs Gegenteil sensibilisieren: Bildung erstens als Teil der Persönlichkeitsentwicklung und zweitens auch als Teil der Arbeit von freien Trägern. Martin Wonik, Jens Wortmann und Julian Lagemann warben dafür, den Jugendlichen mehr Freiräume zu gewähren – auch für den Sport. Rund 2,1 Millionen Jugendliche sind im Landesportbund engagiert; im ländlichen Raum vier von fünf Kindern, in den Städten deutlich weniger. Aber in gesellschaftlichen Randgruppen sei man schlecht aufgestellt, so Wonik. Um das Engagement trotzdem aufrechterhalten zu können, sei es notwendig, zu Forderungen wie mehr Freizeit und Zugang für alle zu Sportstätten auch mal ein Feedback zu erhalten, so der Appell an die Politiker.

## Rundfunkbeitrag soll sinken

2.12.2014 – Der Rundfunkbeitrag soll zum 1. April 2015 von derzeit 17,98 Euro auf monatlich 17,50 Euro gesenkt werden. Dies sieht eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags zwischen den Bundesländern vor. Der Landtag muss zustimmen. Experten äußerten jedoch in einer gemeinsamen Anhörung des **Hauptausschusses** sowie des Ausschusses für Kultur und Medien Bedenken. Hintergrund: Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hatte ursprünglich eine Beitragssenkung um 73 Cent auf 17,25 Euro empfohlen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder einigten sich jedoch darauf, den Beitrag in einem ersten Schritt um lediglich 48 Cent zu senken. Auf diese Weise sollten „finanzielle Spielräume“ geschaffen werden. Prof. Dr. Hubertus Gersdorf (Universität Rostock) hatte verfassungsrechtliche Bedenken.

Dem Gesetzgeber sei es nicht erlaubt, Gebührenzahler über das erforderliche Maß hinaus heranzuziehen und aus den Mehreinnahmen Rücklagen für finanzielle Spielräume außer-



halb der laufenden Beitragsperiode zu bilden. Die Abweichung von der KEF-Empfehlung sei nicht unproblematisch, bestätigte Horst Röper (Format-Institut, Dortmund) in seiner schriftlichen Stellungnahme.

## Bericht der Vollzugskommission

10.11.2014 – Im **Rechtsausschuss** berichtete der Vorsitzende der Vollzugskommission, Dirk Wedel, über deren Arbeit im Jahr 2014. Beim Besuch einer Reihe von Vollzugseinrichtungen, so in Wuppertal-Ronsdorf und Gelsenkirchen, habe man sich vor Ort zum Beispiel über die Neuordnung der Sicherungsverwahrung sowie über den offenen Vollzug informiert. Häufig seien die Probleme psychisch auffälliger oder kranker inhaftierter Menschen angesprochen worden. Vor diesem Hintergrund hob Wedel hervor, dass das Personal auf den Umgang mit diesem Personenkreis nicht genügend vorbereitet sei. Bei der Aus- und Weiterbildung müsse hier entsprechend angesetzt werden. Ein zweiter Punkt betraf die Rekrutierung ausreichenden Personals in den Justizvollzugsanstalten. Hier komme es insbesondere aufgrund einer vergleichsweise niedrigen Entlohnung der Anwärterinnen und Anwärter zu Problemen. Von einer Überbelegung der

Vollzugsanstalten könne heute keine Rede mehr sein, stellte Wedel drittens fest. Man sollte jedoch prüfen, wie die Kapazitäten im offenen Vollzug besser genutzt werden könnten. Im niederländischen Sittard habe sich die Kommission insbesondere über die einfachere und kostensparendere Bauweise informiert. Die dortigen Verantwortlichen hätten überdies den Wunsch nach einer stärkeren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geäußert.

## Regionales, TTIP und Migration

14.12.2014 – Beim Besuch des **Ausschusses der Regionen** (AdR) in Brüssel haben die Abgeordneten des Europaausschusses mit Generalsekretär Dr. Jiří Buriánek über die Rolle des Gremiums im Gefüge der Europäischen Institutionen gesprochen. Die Landtagsabgeordneten Markus Töns und Stefan Engstfeld sind Mitglieder des AdR und stellten ihren Kollegen einen Bericht über ihre Tätigkeit in dem EU-Gremium vor. Später tauschten sich die Abgeordneten mit dem deutschen Botschafter bei der EU Reinhard Silberberg und Carsten Pillath aus dem Ministerrat zu aktuellen Themen wie dem EU-Haushalt für 2015 und dem geplanten europäischen Investitionspaket aus. Außerdem informierte sie der TTIP-Koordinator der EU-Kommission Dr. Jan Schmitz über den Stand der Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Mit Referenten der NRW-Landesvertretung und Vertretern der EU-Kommission diskutierten die Abgeordneten die europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik. Im Anschluss fand eine Diskussion zur Zukunft der EU statt.

## Bürgersprechstunde

Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Rita Klöpper, CDU) bietet am Montag, 19. Januar 2015, im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 58095 Hagen, von 14 bis 18 Uhr eine Bürgersprechstunde an. Für diesen Termin wird um telefonische Voranmeldung unter der Nummer 0211/884-2506 und -2938 gebeten.



## Diskussion um die Rolle des Ruhrgebietes

### Experten-Anhörung zur geplanten Stärkung des Regionalverbands

16. Dezember 2014 – Der Regionalverband Ruhr (RVR) stand im Mittelpunkt einer Anhörung im Kommunalausschuss. Konkret ging es um den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Landesregierung den Verband stärken will.

Der RVR habe sich als „starke Klammer für das Ruhrgebiet“ erwiesen, heißt es im Entwurf der Landesregierung (Drs. 16/6866). Das neue Gesetz solle dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Städte und Kreise weiter zu verbessern, um den andauernden Strukturwandel zu fördern.

Diese Absicht begrüße man, sagte Dr. Helmut Fogt vom NRW-Städtetag. Allerdings müsse die Chancengleichheit gewahrt bleiben. Daher müssten auch andere regionale Zusammenschlüsse und Kooperationen staatlich gefördert und unterstützt werden. Dr. Marco Kuhn (Landkreistag NRW) hielt das Ziel der Landesregierung zwar für sinnvoll, den Entwurf aber politisch und rechtlich für fragwürdig. Unter anderem führte er in diesem Zusammenhang die geplante Direktwahl der Verbandsversammlung an. „Kritisch bis ablehnend“ äußerte sich Hans Gerd von Lennep (Städte- und Gemeindebund NRW), er sprach von einem Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Beide Sprecher fürchteten eine Sonderstellung des Ruhrgebiets. So sah es auch Reinold Stücker, Vorsitzender des Regionalrats Detmold. In seiner Stellungnahme warnte er davor, „die Grundstruktur des Landes durch Schaffung einer Megaregion zulasten der Ballungsrand- bzw. ländlichen Regionen“ zu verändern.

Grundsätzliche Zustimmung signalisierte der Landschaftsverband

Rheinland. Die Chancengleichheit zwischen den Regionen dürfe aber nicht beeinträchtigt werden, so Ulrike Lubek. Sollte beim RVR eine Direktwahl ermöglicht werden, müsse dies auch für alle anderen höheren Kommunalverbände in NRW gelten. Dass eine solche Direktwahl die Identifikation der Bevölkerung mit dem Verband oder der Metropolregion erhöhen könnte, bezweifelte Matthias Löb vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe. In seiner schriftlichen Stellungnahme sprach er von einer „sachlich nicht begründbaren, einseitigen Bevorzugung des RVR“. Zudem sei die geplante Größe der Verbandsversammlung von 91 direkt gewählten Mitgliedern überdimensioniert.

Der Regionalverband Ruhr müsse nachhaltig verankert werden, so Hansjörg Gebel (Piraten in der Kommunalpolitik in NRW). Von einer Bevorzugung des Verbands könne keine Rede sein. Im Gegenteil: Bislang werde das Ruhrgebiet als eigenständige Region nicht angemessen repräsentiert.

„Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen unterstützen das Vorhaben, die Zusammenarbeit der Kommunen im Land zu stärken“, erklärte Karl-Friedrich Schulte-Uebbing. Gleichwohl befürchte man aufgrund höherer Kosten Schaden für den Wirtschaftsstandort NRW. Eine interkommunale Zusammenarbeit sei zudem bereits heute möglich.

„Ernste verfassungsrechtliche Bedenken“ meldete Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) an. Gemeinden müssten grundsätzlich selbst entscheiden, welche Aufgaben sie zusammen mit anderen übernehmen – schon deshalb sei ein Zwangsverband der falsche Weg.

Der Verein „pro Ruhrgebiet“ sieht den Gesetzentwurf „als wichtigen Schritt zur Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten der Metropole Ruhr“. Er bündele Kooperationen von Gebietskörperschaften auf einer regionalen Ebene. Kritisch merkte Vorstandsmitglied Dr. Ute Günther jedoch an, dass der RVR als einziger Gemeindeverband in NRW von Schlüsselzuweisungen und der Investitionszuschüsse des kommunalen Finanzausgleichs ausgeschlossen sei.

Helmut Diegel, ehemaliger Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnsberg, sah im Gesetzentwurf einen „ersten Schritt zu einer Entwicklung, die das Ruhrgebiet stärkt und nicht weiter schwächt“. Er verstehe die Ängste vor einer Metropolregion nicht, die Region brauche ein eigenes Parlament mit eigenen Abgeordneten.

„Wir begrüßen das Vorhaben außerordentlich“, sagte Dr. Josef Hülsdünker (Deutscher Gewerkschaftsbund). Es helfe, Kirchturmdenken zu überwinden.

Karola Geiß-Netthöfel, Regionaldirektorin des Regionalverbands Ruhr, bedankte sich für den Gesetzentwurf. Das Gesetz solle es ermöglichen, weitere Aufgaben zu übernehmen, sagte sie. Man strebe eine bessere Vernetzung an und wolle „anderen nichts wegnehmen“. *zab*

#### Ziele

Die Funktion des RVR als administrative und politische Klammer der Metropole Ruhr soll ausgebaut werden. Das soll u. a. dadurch geschehen, dass der Katalog der freiwilligen Aufgaben und Kooperationsprojekte (Klimaschutz, Nutzung erneuerbarer Energien, Verkehrsentwicklungsplanung, Vernetzung der Europaarbeit) erweitert wird.

## Antrittsbesuch im Landtag



Landtagspräsidentin Carina Gödecke begrüßte Anfang Dezember den Botschafter der Republik Kroatiens, Ranko Vilović, im Parlament. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Beziehungen zwischen Kroatien und NRW – insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Republik innerhalb der EU. Kroatien ist seit Juli 2013 Mitglied der Gemeinschaft.

Begleitet wurde der Botschafter vom Generalkonsul in Düsseldorf, Zvonco Plečaš.

Foto: Schälte



# Die Haushaltssanierung und die Häuslebauer

## Experten äußern sich zur geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer

**2. Dezember 2014 – In einer Anhörung des Landtags haben Sachverständige Stellung zu der von der rot-grünen Koalition geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer genommen. Die Experten äußerten zum Teil deutliche Kritik an dem Gesetzentwurf. Es gab aber auch Zustimmung. Zu der Anhörung hatten der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss für Kommunalpolitik eingeladen.**

Der [Gesetzentwurf](#) der Fraktionen von SPD und GRÜNEN sieht vor, dass die Grunderwerbsteuer ab dem 1. Januar 2015 von derzeit 5 auf 6,5 Prozent steigt. Sie wird beim Erwerb eines Grundstückes fällig. Die Regierungsfractionen rechnen mit Zusatzeinnahmen für den Landeshaushalt von 400 Millionen Euro pro Jahr. Die FDP fordert in ihrem [Antrag](#), dass der Landtag diese Erhöhung ablehnt. Die Belastungen träfen die breite Gesellschaft im Land, besonders aber junge Familien, die Wohneigentum kaufen wollten. Die Steuer war das letzte Mal 2011 erhöht worden – von 3,5 auf 5 Prozent.

Kritik an der geplanten Erhöhung kam insbesondere von Vertretern der Immobilienverbände und der Verbände der Bauwirtschaft. Die Eigentümerschutz-Gemeinschaft „Haus & Grund“ warnte, dass die Steuererhöhung eine unmittelbare finanzielle Belastung sowohl für die Grundstückskäufer als auch für Mieter darstelle. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN würden einen Beitrag dazu leisten, dass bezahlbarer Mietwohnraum nicht zur Verfügung stehe, sagte Erik Uwe Amaya vom Verband. Dies sei nicht nachvollziehbar.

„UNNÖTIGER MINUSFAKTOR“

Hubert Kersting vom Nordrhein-Westfälischen Handwerkstag nannte die Pläne „einen unnötigen Minusfaktor“ für den Standort NRW. Für die Architektenkammer NRW betonte Dr. Christian Schramm, dass die Steuererhöhung eine investitionshemmende Wirkung haben werde. Das größte Problem entstehe dabei für den sozialen Wohnungsbau. Die Architektenkammer regte daher an, differenzierte Steuersätze innerhalb der Grunderwerbsteuer zu schaffen und den sozialen Wohnungsbau sowie junge Familien zu entlasten.

Dr. Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung verwies darauf, dass das Land derzeit nur durch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer zusätzliche Steuereinnahmen generieren könne. Dies führe zwar zu

Belastungen für eine bestimmte Steuerzahlergruppe. Ausgabenkürzungen zur Haushaltskonsolidierung belasteten die Konjunktur aber deutlich stärker als Steuererhöhungen. Zudem könne dies für junge Familien beispielsweise bedeuten, dass sich die Bedingungen der Kinderbetreuung verschlechterten oder die Ausstattung der Schulen.

Die Deutsche Steuergewerkschaft in NRW begrüßte die rot-grünen Pläne als „Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushaltes“. Angesichts der erheblichen strukturellen Unterfinanzierung des Etats sei es unumgänglich, alle Möglichkeiten der staatlichen Einnahmenverbesserung zu prüfen. Eine Sanierung des Landeshaushalts funktioniere nicht nur über Ausgabenkürzungen, betonte Manfred Lehmann von der Gewerkschaft.

Martin Dornieden vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) in NRW sagte, es sei nicht nachvollziehbar, dass die Landesregierung Wohnraum preiswerter machen wolle und dann die Grunderwerbsteuer erhöhe. Dies passe nicht zusammen. Er prognostizierte, dass in der Folge das Bauvolumen zurückgehen werde und das Land damit letztlich Steuereinnahmen verliere.

Die nordrhein-westfälischen Kommunen verwahrten sich gegen mögliche Überlegungen der Koalition, den kommunalen Anteil an den Steuermehreinnahmen zur Entlastung des Landesetats zu nutzen. Demnach sieht der Gesetzentwurf vor, dass die den Städten und Gemeinden zustehende Summe von bis zu 70 Millionen Euro jährlich zur Finanzierung der zweiten Stufe des sogenannten Stärkungspaketes herangezogen wird, wie es in einer Stellungnahme von Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund für die Anhörung heißt. Mit dem Gesetz soll Kommunen

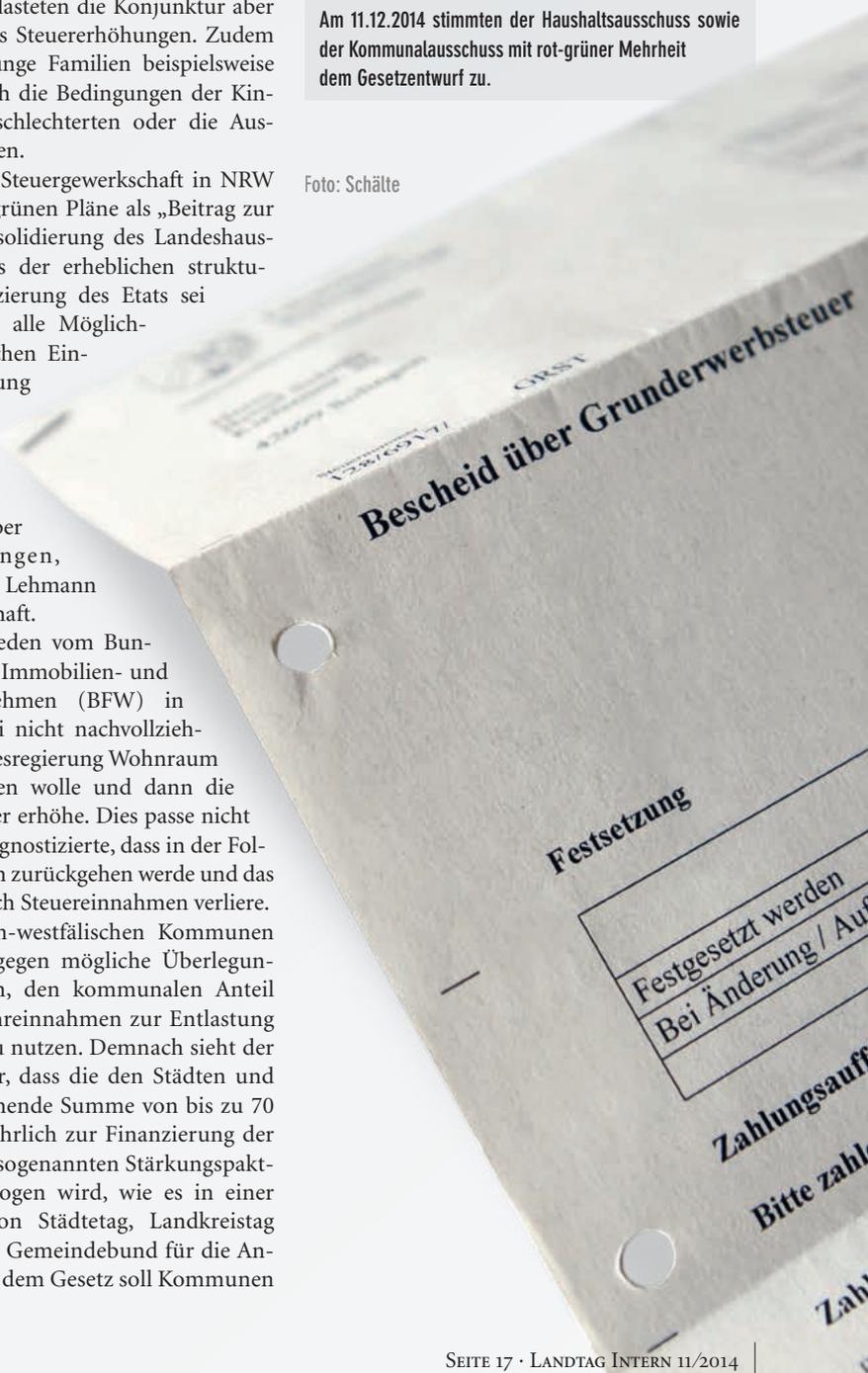
in Finanznot geholfen werden. „Im Ergebnis würde dies zu einer Erhöhung der kommunalen Beteiligung an der Finanzierung des Stärkungspaketes des Landes um etwa 30 bis 34 Prozent jährlich führen.“

Heinz Wirz vom Bund der Steuerzahler NRW sprach von einer „drastischen Steuererhöhung“. Dies sei „starker Tobak“. Auch werde es nicht funktionieren, wenn versucht werde, den Haushalt nahezu ausschließlich über Einnahmeverbesserungen konsolidieren zu wollen. Es führe kein Weg daran vorbei, Ausgaben zu kürzen. Die Risiken und Nebenwirkungen des Gesetzentwurfs seien gravierend. Die Pläne seien wohnungspolitisch unsozial und wirtschaftspolitisch verfehlt.

Wibke Busch

Am 11.12.2014 stimmten der Haushaltsausschuss sowie der Kommunalausschuss mit rot-grüner Mehrheit dem Gesetzentwurf zu.

Foto: Schälte





# Das war 2014

## Landtag wirbt für mehr Toleranz, Solidarität und Bürgerbeteiligung

**Sicherheit, Inklusion, Transparenz: Bei den vielen Themen, um die sich die Abgeordneten des Landtags im Jahr 2014 kümmerten, tauchten diese drei Schlagworte immer wieder auf. Sicherheit im Hinblick auf die Lage der Polizei, gegenüber randalierenden Fußballfans, aber auch Hooligans und Rechtsradikalen, und vor allem: für hilfesuchende Flüchtlinge. Transparenz bei der Nebentätigkeit von Abgeordneten sowie bei der Diskussion über die Landesverfassung. Und Inklusion bei dem Aufbau einer Gesellschaft, in der alte und junge, behinderte und nicht-behinderte Menschen solidarisch zusammenleben.**

**Januar** Nach Enthüllungen von Edward Snowden steht die Frage im Raum, ob auch der Landtag und NRW-Unternehmen ausgespäht wurden. Aus Berlin gibt es dazu keine Informationen.

Viel diskutiert wird über die Lage der Polizei. Die CDU kritisiert eine mangelnde Verbrechensbekämpfung in NRW, die FDP bezweifelt den Sinn, Polizeipräsidenten generell als politische Beamte einzustufen. Eine Dauerbeschäftigung der Polizei: der Umgang mit randalierenden Fußballfans.

Kritik gibt es am Arbeitgeber Hochschule: Zu viele Zeitverträge, zu wenig Perspektive und Anerkennung begünstigten den Hang zur Selbstausbeutung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Februar** Die Verfassungskommission legt ihren Fahrplan für zwei Jahre vor. An den geplanten Diskussionen zur Rolle des Parlaments, zur Partizipation, zur Schuldenbremse und zum Status der Kommunen sollen sich auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Landesregierung und Kommunen verhandeln über die Finanzierung der Inklusion. Das Land will, bindend für fünf Jahre, 175 Millionen Euro übernehmen. Die Opposition sieht sich bestätigt: Endlich habe die Regierung das Konnexitätsprinzip anerkannt.

Streit gibt es über Statistiken zum Unterrichtsausfall: Die Schulministerin hatte diese mit der Begründung mangelnder Aussagekraft ausgesetzt. Nun gebe es aber gar keine Hinweise mehr, kritisiert die Opposition.

Der Landtag diskutiert über Medienvielfalt im Internetzeitalter und thematisiert Chancen und Risiken der digitalen Freiheit: Die Antwort auf Abzocke im Netz sei Verbraucherschutzpolitik.

**März** Mit Sorge blickt der Landtag auf die Zukunft der Hebammen, die immer höhere Versicherungsprämien zahlen müssen. Fachausschuss und Plenum appellieren an den Bund, tätig zu werden, um nicht einen ganzen Berufsstand zu gefährden.

Das Klimaschutzgesetz wird inhaltlich gefüllt vom Klimaschutzplan, zu dem das Ministerium konkrete Vorschläge der Arbeitsgruppen vorstellt.

**April** Wie ein Paukenschlag erscheint manchen die Entscheidung der Landesregierung, den Tagebau Garzweiler II zu verkleinern. Die Reaktionen reichen von Zustimmung aufgrund von Planungssicherheit bis Ablehnung, da der Beschluss unsachgerecht sei.

NRW soll ein eigenes Strafvollzugsgesetz bekommen. Der Fokus soll dabei auf Resoziali-

sierung liegen. Die CDU sieht den Opferschutz zu wenig berücksichtigt, die FDP befürchtet einen Strafvollzug nach örtlichen Kapazitäten.

Der Kostenstreit bei der Inklusion ist beigelegt, Land und Kommunen einigen sich auf die vom Land zugesagten 175 Millionen Euro Unterstützung, vereinbaren aber eine jährliche Überprüfung, ob das Geld reicht.

**Mai** Vorzeitig verlässt der Vorstandsvorsitzende die Portigon-AG. Grund seien gescheiterte Vertragsgespräche, so die rot-grüne Koalition. Die Opposition befürchtet ein Scheitern der Portigon-Privatisierung sowie Mehrkosten für die Steuerzahlenden.

Vor allem auf dem Land droht Hausärztemangel. Im Landtag beraten Fachleute über Lösungswege. Wichtige Stellschrauben: die Ausbildung fördern und den Beruf attraktiver machen.

Stadträte, Kreistage, Integrationsräte und Europaparlament: NRW erlebt Ende Mai einen Wahlmarathon. Auch rund die Hälfte der Bürgermeister und Landräte wird neu gewählt – ein Jahr vor dem offiziellen Amtsende: Ab dem Jahr 2020 soll ihre Wahl wieder parallel zur Kommunalwahl stattfinden.

**Juni** Nach der Anhörung im April verabschiedet der Landtag die zweite KiBiz-Revision. Die Eckdaten: 100 Millionen Euro mehr für Personal und für Kitas in sozial schwierigen Lagen sowie eine im Alltag verankerte Sprachförderung.

Weniger Schadstoffe, genügend Energie: ein Schwerpunkt des Juni-Plenums. Der Landtag diskutiert die EEG-Reform, die Idee eines virtuellen Kraftwerks, den Bau von Speicherkraftwerken und die Zukunft des Nahverkehrs.

Und noch mehr Expertenmeinungen erreichen das Parlament: Es geht um den Kompromiss zwischen Regierung und Kommunen zu den Inklusionskosten und das erste eigene Strafvollzugsgesetz für NRW. Beide Gesetzentwürfe werden grundsätzlich begrüßt – Kritik gibt es trotzdem.



**Juli** Der Verfassungsgerichtshof untersagt die Nullrunden für Beamte. Wegen daraus resultierender Mehrausgaben verhängt der Finanzminister eine Haushaltssperre. Während ihm Teile der Opposition wiederholten Verfassungsbruch vorwerfen, betont dieser: Das Urteil beziehe sich nur auf die konkrete Ausgestaltung.

Für hitzige Debatten sorgt ein Polizeibericht: Demnach hatte eine Menschenkette am Wahlabend im Mai versucht, Rechtsextreme am Eindringen ins Dortmunder Rathaus zu hindern. Der Bericht verfälsche die Situation und diffamiere Demokraten als Gewalttäter, so die Kritik. CDU und FDP wollen vom Innenminister vor allem wissen, ob er hinter der Polizei stehe. Ja, er stehe zum „Wahrnehmungsbericht“.

Schwer gewütet hat der Orkan „Ela“ in NRW. Der Landtag berät, inwieweit das Land den Kommunen helfen kann. Die Regierung hat einen Hilfsfonds eingerichtet – doch die FDP vermisst konkrete Details. Alles übernehmen könne das Land nicht, betonen die GRÜNEN.

**August** Der Landtag startet das Machportal „Verfassung 2.0“. Interessierte können ihre Meinung zu den Themen der Verfassungskommission nun auch über die Internetseite des Landtags äußern.

**September** Der Landtag diskutiert darüber, wie gewaltbereitem Islamismus begegnet werden kann. Anlass ist der Auftritt einer selbsternannten „Scharia-Polizei“ in Wuppertal.

Nach heftiger Debatte wird das bis zuletzt umstrittene Hochschulzukunftsgesetz verabschiedet. Für die Koalition handelt es sich um das fortschrittlichste Hochschulgesetz aller Bundesländer, Kritiker fürchten eine deutliche Beeinträchtigung der Freiheit von Forschung und Lehre.

Die Landesregierung bringt den Haushalt 2015 und den Nachtragshaushalt 2014 ein. Der Nachtrag ist unter anderem deshalb erforderlich, weil der Verfassungsgerichtshof die ur-

sprünglich gestaffelte Anhebung der Beamtengehälter für nicht rechtens erklärt hatte. Hinzu kommen erhebliche Kosten, die der Pfingst-Orkan „Ela“ verursacht hatte.

237 junge Leute zwischen 16 und 20 Jahren sind beim 6. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen dabei. Sie bekommen einen Einblick in die parlamentarische Arbeit und diskutieren politische und gesellschaftliche Themen.

**Oktober** Die Übergriffe privater Sicherheitskräfte in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften werden bekannt und sorgen bundesweit für Aufsehen. Die Landesregierung sichert eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge zu, die Opposition sieht ein „Organisationsversagen“ im Innenministerium.

Das 11. Abgeordnetengesetz wird beschlossen. Es regelt die Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten.

Der Landtag beschließt ein Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur. Es geht um die Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung. Auch deren Angehörige sollen verstärkt unterstützt werden.

Der Casino-Betreiber Westspiel, eine Tochter der landeseigenen NRW-Bank, will zwei Kunstwerke von Andy Warhol verkaufen – „Triple Elvis“ und „Four Marlons“. Folge sind kontroverse Diskussionen in den Fachausschüssen.

Die Haltung von Delfinen bleibt in NRW-Zoos erlaubt. Der Umweltausschuss lehnt einen Verbotsantrag der PIRATEN ab.

Mit mehr als 200 Gästen erinnern Landtag und Landesregierung an ein düsteres Kapitel der Geschichte: 100 Jahre Erster Weltkrieg. Zugleich wird der deutsch-französischen Aussöhnung vor 51 Jahren gedacht.

**November** Der Gewaltausbruch bei einer Demonstration von Hooligans und Rechtsradikalen in Köln führt zu einem Schlagabtausch im Plenum. Kritik der Opposition: Die Lage sei falsch eingeschätzt worden, es sei zu wenig Polizei im Einsatz gewesen. Die Landesregierung weist die Kritik zurück.

Die beim Flüchtlingsgipfel in Essen getroffenen Vereinbarungen sollen zügig umgesetzt werden. Zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen kommt es dennoch nicht.

Der Landtag kritisiert die geplante Pkw-Maut auf Bundesfernstraßen. Befürchtet werden Einbußen für Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel in NRW, aber auch eine Totalüberwachung der Bevölkerung.

Die Koalition will die Grunderwerbsteuer erhöhen. Anlass für heftige Diskussionen im Plenum. Das Thema wird nun in den Fachausschüssen weiter beraten. Verabschiedet werden der Nachtragshaushalt 2014 und das Gesetz zur Beamtensoldung.

Der Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zum Terror des rechtsextremistischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) ein.

Der Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zum Terror des rechtsextremistischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) ein.

**Dezember** Im letzten Plenum des Jahres wird der Haushalt angenommen (siehe ausführliche Berichterstattung in diesem Heft).

Erneuter Schlagabtausch zum Thema Energieerzeugung: Wie kann NRW hier seine Spitzenstellung halten? Wie schnell müsste ein Umbau in Richtung regenerativer bzw. dezentraler Versorgung erfolgen? Aktuelle Pläne von Eon führen zu Diskussionen im Plenum. *Red*

**Kontakte**

Auch im Jahr 2014 hat der Landtag durch zahlreiche Gespräche zum Beispiel der Ausschüsse und Parlamentariergruppen sowie durch Empfänge ausländischer Gäste seitens der Landtagspräsidentin die internationalen Kontakte gestärkt hat. Auch hat das Präsidium auf Reisen in die Regionen Nordrhein-Westfalens Kontakte zu Politik, Wirtschaft und Kultur geknüpft.

LANDTAG INTERN LANDTAG INTERN LANDTAG INTERN LANDTAG INTERN LANDTAG INTERN LANDTAG INTERN

**Dreck war gestern**  
 Weniger Schadstoffe für eine bessere Zukunft

**Mit spitzem Bleistift**  
 Rechenaufgabe Haushalt 2015

**Aufgeschlossen**  
 Strafvolzug soll verstärkt auf Freiheit vorbereiten

**Teambildung**  
 Gesetz strebt Miteinander von Alt und Jung an

**Halbzeit**  
 Haushalt 2015 zur Mitte der Legislaturperiode



# Aus den Fraktionen

## Landesregierung sichert die Schulsozialarbeit

Beim Thema Schulsozialarbeit will die Landesregierung den Kommunen weiter helfen. Das Land wird für drei Jahre mehr als zwei Drittel der Kosten für 1.500 Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter in NRW übernehmen. Nach einer langen Auseinandersetzung mit dem Bund, der die weitere Finanzierung ablehnte, haben sich darauf die rot-grünen Regierungsfractionen mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung geeinigt. Michael Scheffler, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, begrüßt „die Fortführung der Stellen. Sie sind unverzichtbar. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Element unserer vorbeugenden Sozial- und Bildungspolitik. Um kein Kind zurückzulassen, müssen frühzeitig jene Hürden abgetragen werden, die echter Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit im

Wege stehen“. Die Weiterfinanzierung wäre eigentlich Aufgabe des Bundes über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Doch seit Januar 2014 komme der Bund seiner Verantwortung bei diesem Thema nicht mehr nach. Deshalb trete das Land nun befristet für den Bund ein. Danach müsse dieser seiner Finanzierungspflicht wieder nachkommen.

Ab 2015 bis 2017 stellt das Land jährlich rund 48 Millionen Euro für die aus dem BuT des Bundes geschaffenen Stellen zur Verfügung. Je nach Finanzstärke müssen die 53 kreisfreien Städte und Kreise einen Eigenanteil zwischen 20 und 50 Prozent der Kosten tragen. Die Schulsozialarbeit hilft vor allem Kindern und Jugendlichen, die aufgrund sozialer



Michael Scheffler (SPD)

Benachteiligungen nur unzureichende Chancen auf Bildung und Teilhabe besitzen. „Wir wollen über dieses Förderprogramm die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen unterstützen und ihr Lebensumfeld stabilisieren. Um die Voraussetzungen für ihren Schulerfolg zu verbessern, soll das Programm die Bereitschaft zum Lernen fördern, Fehlzeiten verringern und

Abbrecherquoten reduzieren“, erklärt Michael Scheffler. Zudem unterstützt Schulsozialarbeit beim Übergang von der Schule in den Beruf. ■



## CDU zum Welttag der Menschen mit Behinderung: Teilhabe ist mehr, als nur dabei sein

Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine höhere Qualität bei der Umsetzung der Rechte behinderter Menschen. Neben der UN-Behindertenrechtskonvention, die 2009 Gesetz in Deutschland wurde, gibt es seit 2012 einen eigenen Landesaktionsplan in Nordrhein-Westfalen. Für die betroffenen Menschen in unserem Land gibt es dennoch keine spürbaren Veränderungen. Die Hoffnung, dass sich dies durch den Aktionsplan der Landesregierung ändern könnte, hat sich bis heute nicht erfüllt.

Auch wenn es um die Verwirklichung von Rechten geht, um die behinderte Menschen in



Ursula Doppmeier (CDU)

vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen immer noch kämpfen müssen, gilt bei dieser Landesregierung: Fehlanzeige. Ein Großteil der im Aktionsplan aufgeführten Maßnahmen hat den selbst gesteckten Zeitrahmen längst überschritten. Gut gemeinte Absichtsbekundungen und Appelle der Landesregierung reichen da nicht aus.

„Sorge bereitet mir auch die Situation von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf oder einer sogenannten geistigen Behinderung. Je größer die Abhängigkeiten, umso wertvoller wird jeder freie Entsch-

eidungsspielraum“, erklärt die Inklusionsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Doppmeier. „Ich erlebe, dass die Menschen sehr genau wissen, was sie wollen und können. Wir müssen lernen, besser zuzuhören und ihnen mehr Achtung und Zutrauen entgegenzubringen.“ Dass es hieran noch mangelt, zeige das Motto des diesjährigen Welttages: „Nur mit uns – Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung.“ ■



Die Landtagsfraktion  
**CDU**



## Wir sind alle NRW!

Die Frau ist hochschwanger, ihr Mann ist bei ihr. Sie sind arm, es ist kalt, und sie sind auf der Suche nach einer Bleibe. Mal um Mal werden sie jedoch abgewiesen. Schließlich kommt das Kind in einer Notunterkunft zur Welt. Kurz darauf sind sie mit dem Neugeborenen auf der Flucht. Nach dem Kind wird gefahndet, es schwebt in Lebensgefahr. Ja, das gehört zur Weihnachtsgeschichte von der Geburt Jesu. Aber auch die, die sich nicht von der christlichen Botschaft angesprochen fühlen, werden vielleicht an aktuelle Schicksale der Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt, besonders Syrien und Irak, erinnert.

Egal, welcher Herkunft oder Religion, wir bieten Zuflucht in NRW. Wir stehen gemeinsam ein für unsere Demokratie, für ein friedliches Mitei-

inander der Kulturen und Religionen. Gegen gewaltbereite SalafistInnen gehen wir mit repressiven und präventiven Maßnahmen entschieden vor. Und entschieden wehren wir uns gegen braune HetzerInnen. Sie instrumentalisieren diffuse Ängste in der Bevölkerung in menschenverachtender Weise, schüren Ressentiments gegen Flüchtlinge sowie MuslimInnen. Es ist gut, dass viele Menschen in NRW immer wieder Zeichen gegen die rassistische Stimmungsmache von Rechtsaußen setzen. Bei



der Anti-Islam Demo vorm Landtag haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Piraten deutlich gemacht: Ob christlich, jüdisch oder muslimisch – „Wir sind alle NRW“. In diesem Sinne wünscht die Grüne Landtagsfraktion allen eine frohe und friedliche Weihnachtszeit. ■



## Innovationskongress der FDP-Fraktion: Kraftakt für eine neue Gründungskultur

Unternehmensgründungen sind die Hefe im Teig moderner Volkswirtschaften. Gründungen treiben Dynamik und Wettbewerb an. Sie schaffen neue Arbeitsplätze. Ausgerechnet Deutschland hängt jedoch erheblich hinter anderen vergleichbaren Staaten hinterher. Für NRW als wirtschaftliches Herz Deutschlands ist eine lebendige Gründungskultur für den Wohlstand wichtig. Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion einen Innovationskongress veranstaltet.

„Eine erfolgreiche und dynamische Gründungskultur benötigt drei Zutaten: Köpfe, Kapital und eine geeignete Kultur“, sagte Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. An kreativen Menschen mangelt es nicht, unterstrich Lindner vor rund 100 Teilnehmern im Startup-Inkubator „Startplatz“ in Köln. Al-

lerdings fehle in der Schule und Hochschule der gründungsorientierte Unterricht. „Das gilt auch für die Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen insgesamt.“ Vor allem aber sei eine neue Kultur nötig. Lindner: „In einem Umfeld, in dem Erfolg zu Neid und ein Scheitern lediglich zu Häme führe, gedeihen weder der Mut noch der Unternehmergeist für eine steigende Zahl von Gründungen.“



In einem Impulsvortrag unterstrich Internet-Manager Dr. Stefan Groß-Selbeck die Notwendigkeit von guter Ausbildung und externem Kapital für nachhaltig erfolgreiche Gründer. Bei der Podiumsdiskussion mit Thomas Bachem, stv. Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Startups, Prof. Dr. Tobias Kollmann, Beauftragter der Landesregierung für digitale Wirtschaft, Unternehmerin Marie-Christine Ostermann und Jörg Binnenbrücker, Gründer und CEO, Capnamic Ventures debattierten die Teilnehmer über bürokratische Hemmnisse und forderten größere Wertschätzung von Gründermut. ■



## Piraten wirken – auch ohne Zustimmung des Plenums

Das Jahr 2014 war erfolgreich für die Piraten. Auch wenn unsere Umfragewerte im Keller sind, auch wenn das Plenum in den meisten Fällen unsere Anträge ablehnt – unsere Bilanz für das Jahr 2014 kann sich trotzdem sehen lassen:

Wir haben die Enquetekommission zu Finanzierungsoptionen des öffentlichen Personenverkehrs ins Leben gerufen. Hier werden wir der Frage nachgehen, wie die Verkehrskonzepte der Zukunft aussehen. Wir haben den Untersuchungsausschuss NSU initiiert. Wir werden nun ein mögliches Fehlverhalten der NRW-Sicherheits- und -Justizbehörden untersuchen. Wir haben uns für die Flüchtlinge starkgemacht und haben uns mit zahlreichen Anträgen für bessere Bedingungen vor Ort eingesetzt. Wir führen einen intensiven Dialog mit

Fußball-Fans und kämpfen gegen pauschale Repressalien in den Fußballstadien. Wir haben erwirkt, dass jede Schule selbst entscheiden kann, ob im Unterricht Grafik-Taschenrechner oder smartphone- und tabletcompatible Software zum Einsatz kommt. Wir sind damit unserem Ziel „digitale Lernmittelfreiheit für Schüler und Studierende“ einen deutlichen Schritt näher gekommen.

Wir haben uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA starkgemacht. Wir haben die Landesregierung derart unter Druck gesetzt, dass sie nun vor Ort den Breitbandausbau forciert. Auch wenn das Plenum unseren Antrag auf den Fortbestand der Schulsozialarbeit abgelehnt hat – kurz vor Weihnachten hat die Landesregierung uns inhaltlich Recht gegeben und der Schulsozialarbeit die Förderzusage

erteilt. Wir haben erfolgreich auf die Ungerechtigkeiten der Beamtenbesoldung hingewiesen. Wir haben die Problematik der Versteigerung zweier Warhol-Kunstwerke im Landtag NRW thematisiert.

Und es geht weiter: In 2015 werden wir die notwendige Reform der Flüchtlingspolitik begleiten. Wir setzen uns für die Legalisierung von Cannabis ein. Wir bringen unsere Gesetzentwürfe zu Quoren bei Bürgerentscheiden und zur Partizipation auf Kommunalebene voran und kümmern uns schwerpunktmäßig um Breitbandausbau und Freifunk. Es gibt viel zu tun – packen wir es an. ■



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW



AUSSCHÜSSE



Foto: Weißkirchen

# Cannabis – legalisieren oder lieber nicht?

## PIRATEN fordern Neuausrichtung der Drogenpolitik

10. Dezember 2014 – Die PIRATEN setzen sich für eine Neuausrichtung der Drogenpolitik und, damit verbunden, die Legalisierung von Cannabis ein. Ein entsprechender Antrag stand im Rechtsausschuss auf der Tagesordnung. Sechs Sachverständige wurden hinzugezogen. Fazit: Die Gegner des Vorstoßes waren deutlich in der Mehrheit.

Eine Drogenpolitik, die sich auf Verbote und Strafverfolgung konzentrierte, sei nicht zeitgemäß, hieß es im Antrag der PIRATEN ([Drs. 16/5478](#)). Weltweit sei ein Trend zur Cannabis-Legalisierung erkennbar. Eine Entkriminalisierung könne Polizei und Justiz entlasten und führe zu Steuereinnahmen. Darüber hinaus fordert die Fraktion als Sofortmaßnahme, die „geringe Menge“ zum Eigenverbrauch von derzeit 10 auf 30 Gramm anzuheben.

Der Jurist und Psychologe Prof. Dr. Lorenz Böllinger (Bremen) sprach sich für eine Legalisierung aus. Zwar habe das Bundesverfassungsgericht 1994 die strafrechtlichen Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes für verfassungsgemäß befunden, dabei jedoch die damals aktuelle, lückenhafte Daten- und Erkenntnislage zugrunde gelegt. Eine Neubewertung sei also erforderlich. Die Zeit sei reif, „die Natursub-

stanz Cannabis sowohl für den medizinischen als auch für den normalen Gebrauch zu legalisieren“, hieß es in seiner Stellungnahme. Das bisherige Verbot erzeuge Beschaffungs- und Begleitkriminalität, Konsumenten würden durch die Strafverfolgung diskriminiert und in kriminelle Karrieren getrieben. Vor allem aber verstoße das Gesetz gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit – Gesetze, die Grundfreiheiten einschränken, müssten inhaltlich und wissenschaftlich begründet sein sowie im Verlaufe ihrer Anwendung auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Der Jurist Prof. Dr. Gunnar Duttge (Göttingen) empfahl, von „radikalen Schnellschüssen Abstand zu nehmen“. Für viele Behauptungen im Zusammenhang mit Cannabis-Konsum gebe es keine wissenschaftlichen Grundlagen – zum Beispiel, ob es sich um eine Einstiegs-

droge handelt oder nicht. Ratsam sei deshalb, zunächst die Datenbasis zu verbessern.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Hammerschlag (Aachen) hielt eine Legalisierung von Cannabis außerhalb des rein medizinischen Gebrauchs für „unverantwortlich“. Der Antrag der PIRATEN basiere „auf Behauptungen und Schlussfolgerungen, die vielfach nicht zutreffen oder auf nicht nachvollziehbaren Tatsachengrundlagen beruhen“, so Hammerschlag in seiner Stellungnahme. Der Umgang mit jungen Cannabis-Konsumenten vor Gericht verdeutliche die Folgen der Sucht, besonders ausgeprägt sei eine Verlangsamung von Sprache, Gestik und Reaktion. Häufig würden Süchtige ihre Ausbildung abbrechen und könnten nicht mehr arbeiten. Der inzwischen nachgewiesene Intelligenzverlust bei Cannabismissbrauch in der Pubertät verstärke das gesellschaftliche Absinken zusätzlich. Dass die Rauschgiftkriminalität bei einer Legalisierung zurückgehen würde, bezweifelte Hammerschlag. Im Gegenteil: Es sei nahezu ausgeschlossen, die Sucht langfristig mit legalen Mitteln zu finanzieren.

### „FOLGEN VERHARMLOST“

Eine Arbeitsentlastung der Justiz könne kein entscheidendes Kriterium für die Legalisierung sein, betonte Oberstaatsanwältin Barbara Mayr (Wuppertal). Ihrer Ansicht nach werden mögliche Folgen des Konsums von Haschisch und Marihuana deutlich verharmlost. Bei Jugendlichen und heranwachsenden Konsumenten falle häufig eine ausgeprägte Antriebslosigkeit auf. Sie seien oft nicht mehr in der Lage, ihren Tagesablauf zu strukturieren. In ihrer schriftlichen Stellungnahme führte Mayr zudem hirnorganische Veränderungen und schizophrene Psychosen an, die auf den Konsum zurückzuführen seien.

Edwin Pütz (Jugendrichter und Vollzugsleiter der Jugendarrestanstalt Düsseldorf) hielt es für ein „absolut falsches Signal, dieses Zeug freizugeben“ und sprach von einem hohen Potenzial gefährdeter junger Menschen.

Bevor über eine Legalisierung von Cannabis diskutiert werde, sollte zunächst intensiv versucht werden, die Gefahren des Drogenkonsums aufzuzeigen, sagte Erich Rettinghaus, NRW-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Die Gefahr, dass Jugendliche nach einer Legalisierung leichter an die Droge gelangen und somit früher als bisher einsteigen, lasse sich nicht leugnen. Die von den PIRATEN vorgeschlagene Erhöhung der „geringen Menge“ zum Eigenkonsum würde die Polizeiarbeit nicht entlasten, da die Beamten weiterhin dem Strafverfolgungszwang unterlägen. Lediglich Staatsanwaltschaft und Amtsgerichte würden möglicherweise entlastet, da die Staatsanwaltschaft die Verfahren einstellen könne und es somit nicht zu Gerichtsverhandlungen komme. zab



## Persönlich: Friedhelm Ortgies (CDU)



Borstenvieh und Schweinespeck? Das ist und war sicher nicht sein „idealer Lebenszweck“ – obwohl ihm der Beruf des Bauern in die Wiege gelegt worden war. Doch schon als junger Mann Anfang 20 hatte sich der CDU-Landtagsabgeordnete Friedhelm Ortgies (64) aus Rahden (Minden-Lübbecke) neben der Aufzucht von Schweinen und Ackerbau im elterlichen Betrieb vor allem der Politik verschrieben.

Sein Berufsweg als Landwirt schien vorgezeichnet. Als Kind half er auf dem Hof der Eltern. Ortgies' Vater starb, als der Junge zehn Jahre alt war. Die Mutter konnte mithilfe des Großvaters den Hof weiter bewirtschaften. Nach der Realschule lernte der junge Ortgies den Beruf des Landwirts von der Pike auf, legte 1974 die Prüfung zum Landwirtschaftsmeister ab.

Bereits vier Jahre zuvor hatte ihn der Kreisvorsitzende der Jungen Union für die Mitarbeit in der CDU gewinnen können. Mit 24 Jahren wurde er in den Stadtrat seiner Heimatstadt Rahden gewählt und startete die „Ochsentour“: Mit den Jahren arbeitete er sich zum Ortsvorsteher und CDU-Fraktionsvorsitzenden in Rahden empor. In seiner Gemeinde mit rund 16.000 Einwohnern hatte stets die CDU das Sagen, doch bei wichtigen Entscheidungen, wie etwa der Gründung eines Gymnasiums im Jahr 1995, habe man mit der SPD gegen große Widerstände an einem Strang gezogen. Die Gründung des Gymnasiums sei einer der wichtigsten Entscheidungen für Rahden gewesen.

Vor der Landtagswahl im Jahr 2000 sah schließlich Ortgies seine Chance, die politische Bühne zu wechseln. Die bisherige CDU-Landtagsabgeordnete trat nicht mehr an, und die Partei suchte einen Nachfolger. Viele Jahre hatte er als Wasserträger den Wahlkampf von anderen besorgt. „Warum machst du es nicht für dich selbst?“, habe er sich damals gefragt.

Im Wahlkampf schien die Aussicht auf ein Direktmandat zunächst gut. Bis die Kohl-Spendenaffäre dazwischenplatzte, in deren Folge die Umfrageergebnisse nicht nur in seinem Wahlkreis für die Union in den Keller stürzten. „Ich hatte keine Hoffnung mehr“, sagt Ortgies. Aber dann die Überraschung zum Wahltag, am

13. Mai 2000, einen Tag nach seinem 50. Geburtstag: Mit 300 Stimmen Vorsprung reichte es für das Direktmandat. Das Ergebnis erfuhr er von seinem SPD-Konkurrenten. Der hatte ihm telefonisch gratuliert, während er selbst zu Hause in Erwartung der Niederlage mit seinen Parteifreunden Trübsal geblasen hatte.

Seit dieser Wahl ist Ortgies im Landtag und für Umwelt und Agrarpolitik im Düsseldorfer Parlament zuständig. Seit 2010 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Als gelernter Landwirt störe ihn zuweilen, dass Sachpolitik in seinem Bereich von Ideologie überlagert werde. Dazu gehöre auch die „einseitige Sichtweise auf Biobetriebe“, klagt Ortgies. „90 Prozent der anderen landwirtschaftlichen Betriebe fallen bei einer solchen Betrachtungsweise unter den Tisch.“ Geradezu auf die Palme bringt es ihn, wenn Prominente wie Claus Hipp oder Weingutsbesitzer Günther Jauch Ratschläge gäben. „Die Millionäre erzählen uns, wie es geht“, ätzt Ortgies. Fachleute seien die besseren Ratgeber.

Im Landtagsausschuss gehe es manchmal lebhaft, „aber nie verletzend zu“, lobt Ortgies den kollegialen Stil. In Zukunft seien Verbesserungen beim Hochwasserschutz am Rhein geboten. Probleme seien seit Jahren bekannt, doch es werde zu wenig gehandelt. Deiche müssten erhöht und weitere Rückstaubecken angelegt werden. Großen Handlungsbedarf sieht Ortgies auch beim Thema Bauen auf dem Land. Hier müssten rechtliche Möglichkeiten geschaffen werden, auf früheren Höfen Wohnungen zu errichten.

Der Abgeordnete hofft auf Konsens in diesen Fragen. Ohnehin ist er ein bodenständiger Politiker, der nicht den großen Auftritt sucht. Als Familienmensch nutzt er die knappe Zeit, die ihm für die Familie und vor allem für die fünf Enkel bleibt. Tennis und Grillen mit Freunden in seiner Scheune sowie regelmäßige Touren mit dem Rennrad gehören zu den Vergnügen, die sich Ortgies gönnt – wenn nicht gerade wieder eine Plenarwoche den privaten Rhythmus durcheinander bringt.

Denn Ortgies hat den „längsten Anfahrtsweg aller Abgeordneten“ zum Düsseldorfer Parlament. Hin und zurück sei er sieben Stunden mit dem Zug unterwegs. Kein Wunder: In Rahden/Preußisch-Ströhen liegt geografisch der nördlichste Punkt des Landes Nordrhein-Westfalen. Auf einer historischen Schullandkarte mit den Gebietsgrenzen von 1815 an der Bürowand im Landtag zeigt er Gästen gerne die Entfernung, die er vom ehemaligen preußischen Fürstentum Minden bis in die Landeshauptstadt zurücklegen muss. Seine Freude am Abgeordneten-Dasein trübt dies kaum. Wenn es zu stressig wird, übernachtet er in Düsseldorf. **Heinz Tutt**

## Treffen & Termine

- 17.12.-9.1.2015 Ausstellung „Faszination des Tanzes“
- 18.12.-9.1.2015 Ausstellung „Knastkultur ... ein kreativer Weg“
- 5.1.2015 Empfang Sternsinger St. Martin, D-Bilk
- 13.-30.1.2015 Ausstellung IV. Internationale Biennale des sozial-politischen Plakats
- 14.1.-6.3.2015 Ausstellung „Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“
- 20.1.-13.3.2015 Bilderausstellung der Künstlerin Sabine Jansen
- 28.1.2015 Aktion Rote Hand des Aktion Weißes Friedensband e.V.

Ausstellungen sind in der Regel montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Tel. (0211) 884-2129, E-Mail: [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de).

## Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, erinnert der Landtag NRW in einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit dem LVR-Klinikum Düsseldorf, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, und der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Opfer des Nationalsozialismus. Verbunden damit ist die Eröffnung der Wanderausstellung „Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde. Auf der Gedenkveranstaltung sprechen u.a. der ärztliche Direktor des Klinikums, Univ.-Prof. Dr. med. Wolfgang Gaebel, der Historiker Prof. Dr. Götz Aly sowie mit Dr. Hartmut Traub ein Vertreter der Opfer.

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

Druckservice Duisburg  
Medienfabrik GmbH & Co. KG

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de),  
[www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



## Geburtstage

17. Dezember 2014 bis 27. Januar 2015

18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	44
20.12. Grunendahl, Wilfried (CDU)	62
20.12. Nüchel, Thomas (FDP)	52
21.12. Vogt, Alexander (SPD)	36
29.12. Velte, Jutta (GRÜNE)	57
29.12. Rahe, Ernst-Wilhelm (SPD)	56
30.12. Müller, Hans-Peter (SPD)	59
30.12. Keymis, Oliver (GRÜNE)	54
30.12. Schatz, Dirk (PIRATEN)	36
1.1. Töns, Markus (SPD)	51
5.1. Hammelrath, Helene (SPD)	65
5.1. Engstfeld, Stefan (GRÜNE)	45
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	65
7.1. Schmeltzer, Rainer (SPD)	54
7.1. Lindner, Christian (FDP)	36
8.1. Bayer, Oliver (PIRATEN)	38
9.1. Benninghaus, Walburga (SPD)	60
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	52
13.1. Ganzke, Hartmut (SPD)	49
16.1. Rydlewski, Birgit (PIRATEN)	45
23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	63
23.1. Börner, Frank (SPD)	49
24.1. Grochowiak-Schmieding, Manuela (GRÜNE)	56
24.1. Steffens, Barbara* (GRÜNE)	53
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	52
26.1. Dudas, Gordan (SPD)	44

\* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

23.12. Denkert, Kurt (SPD)	85
31.12. Schwirtz, Herbert (SPD)	85
6.1. Jaeger, Wolfgang (CDU)	80
8.1. Schulte, Hubert (CDU)	70
13.1. Moritz, Hans-Dieter (SPD)	75
13.1. Garbe, Anne (SPD)	70
15.1. Krebs, Kurt (CDU)	70
16.1. Müntefering, Franz (SPD)	75
19.1. Dr. Lichtenberg, Hans-Jürgen (fraktionslos)	75
22.1. Ostrop, Heinrich (CDU)	90
24.1. Jülich, Urban-Josef (CDU)	75
25.1. Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	85
27.1. Daners, Peter (CDU)	80

## Verstorben

5.12. Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann (CDU) MdL 1966-1985

## Weihnachtsandacht

Zum Fest der Geburt Jesu hatten der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, und der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, am letzten Plenartag in der Bürgerhalle des Landtags zu einer Weihnachtsandacht eingeladen. Sie wurde musikalisch begleitet von einem Kinderchor und einem Orchester unter Leitung von Kantor Thorsten Göbel, Evangelische Kirchengemeinde Oberkassel.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Im Glanz der Vorfreude

„Weißt Du wie viel Sternlein stehen an dem blauen Himmelszelt?“ Vielleicht sind es genauso viele, wie es auf Erden Wünsche, Träume und Hoffnungen zu den bevorstehenden Festtagen gibt. Der Lichter- und Sternenglanz in der Adventszeit, wie hier auf dem Vorplatz des Landtags zu bestaunen, ist ein Bote der Vorfreude: Weihnachten ist nicht mehr weit. Persönlich, stellvertretend für alle Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen sowie im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung wünsche ich Ihnen von Herzen frohe und gesegnete Weihnachten, eine besinnliche Zeit im Kreise Ihrer Lieben sowie ein gesundes, friedvolles und erfolgreiches Jahr 2015.

Ihre

*Carina Gödecke*

Carina Gödecke  
 Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte